

7 Tagesordnung, öffentlich

Bgm.-Stv **Eustacchio**

Ich darf Sie bitten, die ordentliche Sitzungsunterlage zur Hand zu nehmen, also die öffentliche Tagesordnung. Wir gehen jetzt einmal die Punkte durch, die sozusagen schon beschlossen wurden. Punkt 1 ist erledigt, Stück 3 ist erledigt, ebenso das Stück Nr. 4, die ersten drei Stücke, die ich verlesen habe einstimmig, ebenso einstimmig ist das Stück Nr. 5, Nr. 6, Nr. 7, Nr. 8, das Stück Nr. 9 wurde gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, einstimmig beschlossen Stück Nr. 12, Nr. 13, Stück Nr. 14 gegen die Stimmen der KPÖ, Stück Nr. 15 einstimmig, ebenso einstimmig Nr. 16, das ist schon im Nachtrag. Jawohl, das war es.

En bloc:

**7.1 Stk. 1) Präs.012437/2003/0081 Entsendungen in Körperschaften und
Kommissionen, Änderungen**

Die Landeshauptstadt Graz entsendet für die Körperschaften und Kommissionen, die in der beiliegenden Liste angeführt sind, jeweils Vertretungen. Die Liste bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.2 Stk. 3) A 5 - 000828/2018

**Mobile Soziale Dienste 01-12/2019 –
Aufwandsgenehmigung, i.H.v. insgesamt
€ 3.100.000,-- auf der FiPos.
1.42910.728400**

Der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Aufwandsgenehmigung in der Höhe von insgesamt € 3.100.000,-- für das Jahr 2019 erteilen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.3 Stk. 4) A 5 - 000746/2018

**Betreutes Wohnen 2019 -
Aufwandsgenehmigung i.H.v. € 600.000,--
auf der FiPos. 1.42910.728510**

Die erforderlichen Mittel in Höhe von € 600.000,- sind im SAP unter der Beleg Nr. 700024880 auf der genannten FiPos reserviert.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.4 Stk. 5) A 8/4-40676/2018

**Keplerstraße – Grundstücksbereinigung,
Übernahme einer ca. 5 m² großen Tfl. des
Gdst. Nr. 1655, EZ 783, sowie einer ca. 100 m²
großen Tfl. des Gdst. Nr. 1667, EZ 784, je KG
Lend in das Öffentliche Gut der Stadt Graz**

Die Übernahme einer ca. 5 m² große Tfl. des Gdst. Nr. 1655, EZ 783, sowie einer ca. 100 m² große Tfl. des Gdst. Nr. 1667, EZ 784, je KG Lend, welche aufgrund der EntschlieÙung vom 19.12.2018 durch Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler erworben wurden, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.5 Stk. 6) A 8/4- 3707 /2019 Herrgottwiesgasse, bescheidmäßige Grundabtretung, Übernahme einer ca. 41 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 1846 sowie einer ca. 7 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 1848/1, beide EZ 917, KG Gries in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme einer ca. 41 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 1846 sowie einer ca. 7 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 1848/1, beide EZ 917, KG Gries in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, gemäß Bescheid mit der GZ: A 17-002576/2013/2014 vom 14.07.2014, wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.6 Stk. 7) A 8/4-57886/2016 Mariatroster Straße, Verkauf einer Teilfläche des Gdst. Nr. 585/1, EZ 2361, KG Wenisbuch für den Ausbau einer Bushaltestelle

- Der Verkauf einer Teilfläche des Gdst. Nr. 585/1, EZ 2361, KG Wenisbuch, zu einem Kaufpreis von insgesamt € 1.280,--, wird genehmigt.
- Sämtliche mit der Errichtung des Kaufvertrages und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren gehen zu Lasten des Landes Steiermark, Landesstraßenverwaltung.
- Der Kaufpreis in Höhe von € 1.280,-- ist auf der FIPOS 2/84000/001200 zu vereinnahmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.7 Stk. 8) A 8/4- 83240/2018 Sigmundstadl, Auflassung vom Öffentlichen Gut
und Verkauf einer Teilfläche des Gdst. Nr. 2560,
EZ 50000, KG Lend, durch die Stadt Graz**

Die Auflassung einer Teilfläche des Gdst. Nr. 2560, EZ 50000, KG Lend, aus dem
Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.8 Stk. 9) A 8/4- 66627 /2018 Städtisches Wohnhaus, Kaiser-Franz-Josef-Kai
WG - 39853/2016/0033 38, 38a, Verkauf einer Teilfläche der Gdst. 634
und 635, KG Innere Stadt**

Die Stadt Graz verkauft an die Dr. Helmut Marko GmbH eine Teilfläche der Gdst. Nr.
634 und 635, innenliegend in EZ 396, KG Innere Stadt, zu den im Kaufvertrag
angeführten Bedingungen. Der Kaufpreis beträgt € 60.500,-.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

**7.9 Stk. 12) Präs.012437/2003/0082 Entsendungen von Bediensteten der GGZ
in Körperschaften und Kommissionen**

Die Landeshauptstadt Graz entsendet für die Körperschaften und Kommissionen, die in
der beiliegenden Liste angeführt sind, jeweils Vertretungen. Die Liste bildet einen
integrierenden Bestandteil dieses Berichts.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.10 Stk. 13) A 8 -119718/2018-18 Stadtvermessungsamt, Finanzierung „Bildflug Graz 2019“ Budgetvorsorge über € 120.000,- in der AOG 2019

In der AOG 2019 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen:

Fipos	Bezeichnung	AOG 2019
5.03200.728600	„Entgelte für sonstige Leistungen, Bildflug“ DKL 10602, AOB: 1006	120.000,-
6.03200.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten, AOB: 0800	120.000,-

Die Bedeckung von € 120.000,- erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich „Sonstiges“ - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.11 Stk. 14) A 8 - 119718/2018-8 Sozialamt, interne Rückanmietung Budgetvorsorge über € 1.061.200,- in der OG 2019

In der OG 2019 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen:

Fipos	Bezeichnung	AOG 2019
1.42010.700200	Mietzinse, AOB: AS	1.061.200,-
2.84000.001100	Unbebaute Grundstücke, AOB 0804	1.061.200,-

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

- 7.12 Stk. 15) A 8/4- 021655/2015 Rathaus – Teilsanierung**
A 8 - 119719/2018-3
- 1. Projektgenehmigung über Euro 4 Mio.**
 - 2. Budgetvorsorge in der AOG 2019 über Euro 3.902.000,00**

1. Die Projektgenehmigung für die Sanierung des Rathauses laut obigem Motivenbericht in Höhe von Euro 4 Mio. wird erteilt.
2. Die Budgetvorsorge in der AOG 2019 über Euro 3.902.000,00 wird wie folgt getroffen:
5.02900.010200 (AOB: A8/4) mit „Gebäude, Rathaussanierung“ Euro 3.902.000,00

6.02900.346000 (AOB: A8) mit „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ Euro 3.902.000,00

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.13 Stk. 16) A 8 - 18345/06 - 134 Universalmuseum Joanneum GmbH;**
Jahresvoranschlag 2019 UMJ gesamt und
Kenntnisnahme der Mittelfristplanung 2020-
2023 für das Kunsthaus Graz, Ermächtigung zur
Unterfertigung des Umlaufbeschlusses gem.
§ 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt
Graz 1967;

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Universalmuseum Joanneum GmbH StR Dr. Günter Riegler wird ermächtigt, im Wege eines Umlaufbeschlusses folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zum Umlaufbeschluss
Die Gesellschafter geben ihre Zustimmung zur Abstimmung im Wege eines Umlaufbeschlusses gern. § 34 GmbHG.

2. Genehmigung des Jahresvoranschlags 2019 UMJ gesamt und der Mittelfristplanung 2020 - 2023 für das Kunsthaus Graz.
3. Das Budget 2019 des UMJ ist mit diesem Beschluss verbindlich. Die in der Beilage ebenfalls dargestellten Folgejahre sind hingegen - insbesondere für das Profit Center Kunsthaus - nur als Mittelfristplanung und nicht als Präjudiz für die künftigen Budgets zu verstehen.

Bezeichnung	Art	Plan 2019
Maßnahmen zur Klimatisierung	Investitionen	450.000
Brandschutz-Maßnahmen	Investitionen	20.000
Bauliche Maßnahmen (Sanierung der Fassade des Eisernen Hauses)	Instandsetzung	30.000
Summe		500.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatte(r)in: GRⁱⁿ Hopper

7.14 Stk. 2) A 8 - 005988/2018 SozialCard - Energiekostenzuschuss 2019, FiPos: 1.42910.403400 Aufwandsgenehmigung i.H.v insgesamt € 680.000,-

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Das erste Stück, das ich heute auch hier berichten darf. Dabei handelt es sich um den Energiekostenzuschuss im Rahmen der SozialCard für das Jahr 2019. Es handelt sich da um eine Aufwandsgenehmigung in der Höhe von 680.000 Euro. Die Änderungen und Klarstellung, die sind eigentlich in diesem Raum eh bekannt. Es ist

online anzusehen und die Auszahlung wird natürlich, so wie davor auch gehandhabt, an sämtliche Dauer-Sozialcard-Besitzer weiterhin automatisch überwiesen. Der Antragsstellungszeitraum für den Energiekostenzuschuss für dieses Jahr beläuft sich vom 1.3. bis auf den 15.3., also zwei Wochen, wie es auch schon bei der Weihnachtsbeihilfe gehandhabt wurde (*Herr Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Vielleicht ganz kurz zur Entwicklung der Zahlen. Es wurde hier ausgegangen von einem maximalen Ansuchen von allen ansuchensberechtigten Personen bzw. Haushalten. Das sind 10.462 und das ergibt dann die Summe, die hier auch veranschlagt wurde von 680.000 Euro. Ich darf um Zustimmung bitten für diesen Energiekostenzuschuss und freue mich über Diskussionen und Wortmeldungen, die wir auch im Ausschuss schon kurz besprochen haben (*Allgem. Appl.*).

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

€ 680.000,-- für den Energiekostenzuschuss auf der FiPos. 1.42910.403400

„Handelswaren, Brennstoffaktion“ für das Jahr 2019 erteilen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von € 680.000,- sind im SAP unter der BelegNr. 700024804 auf der genannten FiPos reserviert.

GRⁱⁿ Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf Galerie. Natürlich sind wir als KPÖ dafür, dass der Finanzposten in der Höhe auch eingebracht und wird auch von uns unterstützt. Trotz alledem stelle ich einen Abänderungsantrag, der einfach unsere Kritikpunkte noch einmal ein bisschen verdeutlichen soll und zwar eben, dass die Tatsache, dass die Belastung von einkommensschwachen Haushalten in Graz durch steigende Energiekosten ein immer größer werdendes Risiko ist. War und soll auch weiterhin Anlass dafür sein, den Energiekostenzuschuss direkt für alle bezugsberechtigten SozialCardbezieher und -bezieherinnen zu gewähren. Und eine gesonderte Beantragung führt aber dazu, dass

bei einer nicht fristgerechten Antragsstellung, die Menschen, die sich bereits jetzt (*Herr Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*) in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, den Energiekostenzuschuss in der Höhe von derzeit 65 Euro nicht mehr erhalten. Und wer also die Frist versäumt oder die veränderten Auszahlungsmodalitäten der Stadt Graz nicht wahrgenommen hat, fällt somit um den aufgrund der persönlichen prekären Situation gerechtfertigten Bezug des Energiekostenzuschusses um. Und im vergangenen Jahr haben rund 2.000 bezugsberechtigte Personen nicht angesucht. Mit Treffsicherheit hat diese Vorgehensweise nichts zu tun, den heizen müssen ja logischerweise alle. Verschärfend soll heuer die Frist auch noch verkürzt werden. War es letztes Jahr noch ein Monat, in dem angesucht werden konnte, sind es in diesem Jahr nur noch zwei Wochen. Und als KPÖ lehnen wir somit das mühsame Prozedere, um den Zuschuss zu erhalten, ab, da es Sparen am falschen Fleck ist und deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

- 1.) Der Gemeinderat erteilt die Aufwandsgenehmigung über 680.000 Euro für den Energiekostenzuschuss auf den Finanzposten "Handelswaren, Brennstoffaktion" für das Jahr 2019.
- 2.) Der Energiekostenzuschuss für SozialCardInhaberInnen und -inhaber in Höhe von 65 Euro pro Haushalt erfolgt wie bisher über eine Direktanweisung auf die jeweilige Kontoverbindung des bezugsberechtigten SozialCard-Haushaltes und muss nicht extra beantragt werden und
- 3.) bezugsberechtigt sind im Jahr 2019 Haushalte, die im Laufe dieses Jahres eine gültige SozialCard besitzen bzw. erhalten. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Tatsache, dass die Belastung von einkommensschwachen Haushalten in Graz durch steigende Energiekosten ein immer größer werdendes Risiko ist, war und soll auch weiterhin Anlass dafür sein, den Energiekostenzuschuss direkt für alle bezugsberechtigten SozialCardbezieherInnen zu gewähren. Eine gesonderte Beantragung führt aber dazu, dass bei einer nicht fristgerechten Antragstellung die Menschen, die sich bereits jetzt in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, den Energiekostenzuschuss in der Höhe von derzeit 65,-- Euro nicht mehr erhalten. Wer also die Frist versäumt oder die veränderten Auszahlungsmodalitäten der Stadt Graz nicht wahrgenommen hat, fällt somit um den aufgrund der persönlichen prekären Situation gerechtfertigten Bezug des Energiekostenzuschusses um. Im vergangenen Jahr haben rund 2.000 bezugsberechtigte Personen nicht angesucht. Mit Treffsicherheit hat diese Vorgehensweise nichts zu tun, denn heizen müssen ja logischerweise alle. Verschärfend soll heuer die Frist auch noch verkürzt werden. War es letztes Jahr noch ein Monat, in dem angesucht werden konnte, sind es in diesem Jahr nur noch zwei Wochen. Als KPÖ lehnen wir somit das mühsame Prozedere, um den Zuschuss zu erhalten ab - da es Sparen am falschen Fleck ist.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

- 1.) Der Gemeinderat erteilt die Aufwandsgenehmigung über 680.000,- Euro für den Energiekostenzuschuss auf der FiPos 1.42910.403400 "Handelswaren, Brennstoffaktion" für das Jahr 2019.*
- 2.) Der Energiekostenzuschuss für SozialCardinhaberInnen in Höhe von 65,- Euro pro Haushalt erfolgt wie bisher über eine Direktanweisung auf die jeweilige Kontoverbindung des bezugsberechtigten SozialCard-Haushaltes und muss nicht extra beantragt werden.*

3.) *Bezugsberechtigt sind im Jahr 2019 Haushalte, die im Laufe dieses Jahres eine gültige SozialCard besitzen/erhalten.*

GR Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie, geschätzte Stadtregerungsmitglieder. Ja, wir schließen uns diesem Antrag, diesem Abänderungstrag der KPÖ an. Wir sehen das auch gleich, wir haben auch immer wieder betont, dass der niederschwellige Zugang und die Automatisierung, eh Überprüfung der SozialCard, da vorliegt und daher auch der Verwaltungsaufwand sich in Grenzen hält und den Menschen tatsächlich geholfen ist. Ich möchte eines noch klarstellen. Im letzten Ausschuss hat, glaube ich, der Herr Stadtrat Hohensinner angemerkt, dass es hier zu Falschaussagen kommt, dass man nicht sich anstellen müsse im Amt. Also ich möchte das noch einmal korrigieren. Denn wenn jemand nicht online in der Lage ist, sich anzumelden, d.h. hat er keinen PC oder kein Internet oder ist nicht in der Lage und hat auch keine Freundin, keinen Freund oder was auch immer. Es gibt solche Menschen, die hier keinen Zugang haben und das ist nicht im Sinne der Barrierefreiheit. Die müssen sich anstellen, weil sie keine andere Möglichkeit haben, zu diesem Antrag bzw. zu diesem Zuschuss zu kommen. Deshalb war die Aussage da, dass es notwendig ist, für viele Menschen, auch sich anzustellen und das ist ja auch passiert; bei der SozialCard bzw. beim Weihnachtzuschuss hat es auch viele Menschen gegeben, die sich im Sozialamt angestellt haben. Also das nur noch einmal zur Erinnerung und deshalb wäre es vernünftig, jenen das zu ersparen, um nicht in Bittstellerei abzugleiten. Weil das ist nicht der Sinne dieser Maßnahme. Danke
(Allgem. Appl.).

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich kann mich da der Kollegin Taberhofer und Kollegen Michael Ehmann nur anschließen. Wir werden deinen Antrag, liebe Ulli, natürlich unterstützen, deinen Abänderungsantrag. Auch wir haben hier sehr oft die Verschärfungen im Bereich SozialCard, Energiekostenzuschuss, kritisiert. Vor allem die Umstellung eben auf die Onlinebeantragung. Jetzt natürlich noch von vier Wochen auf zwei Wochen, d.h. das ist eine weitere Verschärfung. Wir können auch mit den leeren Worten Treffsicherheit und Selbstbestimmung im Sinne von, dass die Menschen das alleine beantragen, nicht viel anfangen, denn für uns ist es weiterhin bewusst eine Hürde, die da eingebaut ist. Eine Hürde, die sozial schwache Menschen zu spüren bekommen und wir finden es nach wie vor, ja sagen wir so, auf der einen Seite erhofft man sich mit dieser Hürde, einiges an Geld zu ersparen. Auf der anderen Seite schmeißt man mit ganz großen Beträgen um. Da sieht man eben, wer welche Politik bedient und da bin ich froh, bei den Grünen zu sein. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Schönbacher:

Wir Freiheitliche stehen natürlich nach wie vor zur SozialCard und das ist eine sehr schöne freiwillige Leistung der Stadt Graz, die eben wirklich Menschen, die es wirklich auch brauchen, unterstützt. Und wir gehen davon aus, dass die Menschen, die eine SozialCard besitzen, auch wirklich mündig sind. In diesem Stück ist sehr gut angeführt, dass Menschen mit Behinderung automatisch ihre Zuschüsse bekommen. Es ist auch angeführt, dass Menschen, die in Pension sind, d.h., wo sich das Einkommen nicht mehr verändern wird, auch automatisch diese Unterstützung erhalten werden. D.h. es ist für alle gesorgt. Es ist auch im Ausschuss alles genauestens aufgeklärt geworden und wir empfinden, dass das eine sehr gute Maßnahme ist und werden natürlich diesen Antrag unterstützen. Nicht unterstützen werden wir den Abänderungsantrag der KPÖ. Warum werden wir das nicht tun? Weil wir sind gegen Automatismus. Weil, wenn ich

auf der Basis von Gemeineigentum kollektive Problemlösungen unterstützen würde, dann wären wir ja alle kommunistisch und das wollen wir nicht.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Schönbacher:

Nein, wir wollen die Mündigkeit unserer Bürger unterstützen, wir wollen selbständiges Denken und Handeln unterstützen. Natürlich auch selbstbestimmtes Leben und deshalb können wir davon ausgehen, dass jemand, der diese Unterstützung haben möchte, auch über das Internet ansucht. Wenn er das nicht schafft, dann sind auch im Sozialamt Mitarbeiter da, die sehr gerne helfen (*Bgm.-Stv Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Und man kann auch davon ausgehen, dass in dieser Frist das alle schaffen werden, die das auch wirklich wollen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Hopper:

Sehr gerne, vielen lieben Dank. Ich darf mich da meiner Kollegin gleich anschließen und vielleicht noch ein paar Ergänzungen anbringen. Frau Kollegin Taberhofer hat vorher gesagt, dass es eine sehr starke Einschränkung ist und die Frist nicht zumutbar ist. Ich glaube, dass das in der Weihnachtsbeihilfe sehr klar ersichtlich geworden ist, dass es gerade unseren Grazerinnen und Grazern, die eine Anspruchsberechtigung haben, sehr wohl möglich ist, in diesem Zeitraum anzusuchen. Ganz klar, es ist im Ausschuss auch erklärt worden. Für alle, die nicht dabei waren, z. Bsp. auch Kollegin Ribo, die auch gesprochen hat, heute ist auch gesagt worden, dass natürlich auch, falls es wirklich ...

Zwischenruf unverständlich.

Hopper:

Genau. Jedenfalls, dass auch für viele, die eventuell diese Frist übersehen könnten, dann natürlich auch Kulanzlösungen gefunden werden. Es geht ja darum, dass die Leute, die wirklich eine Anspruchsberechtigung haben, auch wirklich ihnen das Geld zusteht und dafür das wird ganz bestimmt sichergestellt. Dann war noch die Wortmeldung zum Thema Information. Dass vielen die neuen Lösungen und die neuen Ansuchen nicht ganz klar sind. Es wird auch ab dem Zeitpunkt, wo dieses Stück hoffentlich heute beschlossen wird, auch sofort ein Informationsschreiben an die Bezugsberechtigten auch gehen wird, wo noch einmal ganz klar erläutert wird. Inzwischen hat sich das im Weihnachtzuschuss auch schon gezeigt, dass das sehr wohl schon sehr, sehr gut funktioniert. Ganz klar verwehren möchte ich mich dem Vorwurf, dass es da um Einsparungen geht, Kollegin Ribo. Vielleicht ist das auch nicht ganz durchgedrungen, aber ist es ganz klar auch z. Bsp. im Ausschuss erwähnt worden, dass bei der Schulaktion sogar ein zusätzlicher Betrag zur Verfügung gestellt wird und dass auch aufgestockt wird. Wir wollen wirklich den Leuten, die den Anspruch haben auf eine SozialCard, auch wirklich das zukommen lassen, was ihnen zusteht und wir dürfen davon ausgehen, dass sie mündig sind und ansuchen können. Und ich glaube, da braucht man nicht so tun, als wären unsere Grazerinnen und Grazer nicht fähig und sie schaffen es sehr, sehr wohl. Deswegen wünsche ich mir die Zustimmung zu diesem Antrag natürlich, die wir hoffentlich auch bekommen werden und natürlich sind wir auch bei dem Abänderungsantrag nicht dabei, genauso wie unser Koalitionspartner. Weil wir glauben, dass wir das unseren Grazerinnen und Grazern sehr wohl zutrauen können. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Ing. Lohr

**7.15 Stk. 10) A14 - 043468/2017 /0014 13.10.0 Bebauungsplan „Augasse“, XIII.
Bez., KG Gösting, Beschluss, Zuständigkeit
des Gemeinderates gemäß § 63 Abs. 1 und
3 Stmk. ROG 2010**

Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren. Das Stück betrifft den 13.10.0 Bebauungsplan Augasse in Gösting. Die Grundeigentümerin der betroffenen Liegenschaft in Gösting hat um Erstellung eines Bebauungsplanes angesucht. Als Grundlage zur Erstellung des Entwurfes wurde ein Architekturbewerb nach dem Grazer Modell durchgeführt. Das Gebiet umfasst ungefähr eine Größe von rund 9.000 m². Gemäß 4.0 Flächenwidmungsplan ist dieser Bereich als Aufschließungsgebiet „Allgemeines Wohngebiet“ mit einer Bebauungsdichte von 0,4 bis 0,8 ausgewiesen. Gemäß Deckplan 1 ist die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Ein Aufschließungserfordernis ist ja der Hochwasserschutz. Wir liegen hier im HQ30-Gebiet. Dieses Erfordernis bleibt natürlich aufrecht und wird dann erst in den folgenden Rechtsmaterien abgearbeitet. Es ist dann auch die Auflage erfolgt. Hier gab es vier Einwendungen bzw. drei Stellungnahmen. Wir haben auch im Ausschuss diskutiert diesen Bebauungsplan. Seitens der KPÖ kam der Einwand, dass die Dichte zu hoch wäre bzw. der Abstand zu diesem E-Werk zu nahe ist. Müssen wir entgegen, dass der Flächenwidmungsplan die Dichte ermöglicht und 0,8 eben in diesem Gebiet ortsüblich ist und die Nachbargrundstücke auch so ausgewiesen sind. Ich darf daher schon zum Beschluss kommen. Der Ausschuss für Stadt und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, den 13.10.0 Bebauungsplan Augasse, bestehend aus Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenverordnung, dem Erläuterungsbericht, die Einwendungserledigungen, die Aufhebung des Aufschließungserfordernisses, die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes, das

Aufschließungsgebiet bleibt allerdings in Bezug auf folgende Aufschließungs-
erfordernisse aufrecht: das sind die Lärmfreistellungen, sowie die Belange des
Hochwasserschutzes. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 13.10.0 Bebauungsplan „Augasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der
zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem
Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen
3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des
Aufschließungsgebietes (Nr. XIII.02): - die Pflicht zu Erstellung eines
Bebauungsplans

Das Aufschließungsgebiet (Nr. XIII.02) bleibt in Bezug auf folgende
Aufschließungserfordernisse:

- a Lärmfreistellung gegen über emittierendem Straßen- und /oder
Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und
Industriebetrieben
- b Belange des Hochwasserschutzes

aufrecht.

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Herr
Vizebürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir haben
gestern im Ausschuss das Stück ausgiebigst diskutiert und an und für sich reicht es,
wenn man ein Stück im Ausschuss dementsprechend diskutiert und auch, wenn man
auch dagegen eher sein sollte aus diesen und diesen Gründen, dass man dann nicht am
Rednerpult stehen muss. Es sei denn, es erfordert eine Rede aufgrund besonderer
Umstände und wir finden, dass bei diesem Stück sehr wohl ein besonderer Umstand

herrscht, weil das Problem in der Augasse Folgendes ist: Erstens befindet sich das Grundstück in unmittelbarer Nähe des Umspannwerkes. Wir haben quasi, um es gerichtlich auszudrücken, fraktionsintern sogar einen Lokalausweis gemacht vor Ort und Stelle und haben feststellen müssen, dass dort aufgrund des Umspannwerkes ein extrem hoher ständig gleichbleibender Ton herrscht. Aufgrund dieser Problematik dieses Umspannwerkes, was wahrscheinlich zur Folge haben wird, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dort ständig an der Lärmbelästigung ausgesetzt werden. Also ich bin Musiker, mir würde das sehr unerträglich sein, wenn ich dort wohnen müsste. Und ich glaube, einer, der für hohe Töne sehr speziell empfindlich ist, wird das wahrscheinlich genauso empfinden. Also ich würde wahrscheinlich dort nicht wohnen. Das nächste Problem, was dort herrscht, ist die extreme Belastung mit der Augasse. Wir haben dort in unmittelbarer Nähe zwei große Firmen. Dort ist die Parkplatzsituation zurzeit so, dass sie sehr ausgelastet und sehr stark belastet ist. Und das Wohnprojekt beinhaltet 150 Wohnungen, davon sind 75 Tiefgaragenplätze geplant. Wenn man erst die Statistik hernimmt, ich glaube, 1,4 Autos sind pro Wohnung statistisch gesehen prognostiziert, das würde heißen, dass jetzt mindestens 75 Parkplatzsuchende im Umkreis herumirren, wo es absolut jetzt schon keine Parkmöglichkeiten gibt. Also das wäre der nächste belastende Punkt. Was noch dazukommt erschwerend, ist die Situation, dass dort stark frequentierte Flächen wie die Volksschule auch und eine Apotheke in unmittelbarer Nähe ist und es würde so ausarten, dass es genau die Ausfahrt zur Tiefgarage genau an dieser Stelle, wo die Volksschule ist, also stattfinden würde, also ist auch ein negativer Punkt, den wir so sehen. Und es hat jetzt nur eine zivile Einwendung gegeben. Die andere war nicht, glaube ich nicht zivil, nur mehr halb amtlich (*lacht*) und das ist auch ganz logisch, weil sich dort in der Umgebung nur ältere Personen, also die dort wohnen, befinden, die sich wahrscheinlich mit der rechtlichen Materie der Einwendungen nicht so unbedingt auskennen. Wenn man sie aber jetzt dann näher befragt, sehen sie auch so, dass die Bebauung mit dieser Dichte einfach zu extrem werden wird. Und sie befürchten da wirklich extreme Verminderung ihrer Wohnqualität. Wenn das Stück, das habe ich gestern eh auch gesagt, ein bisschen abgespeckt konzipiert gewesen wäre, hätten wir

vielleicht da durchaus eine Zustimmung erteilen können, z. Bsp. wenn aus Pufferzonen ein Grünstreifen zum Umspannwerk dort auch entstanden wäre, hätte das vielleicht auch anders ausgesehen. Und der Kollege Haberler hat auch gesagt, ab und zu ist es vielleicht gar nicht schlecht, wenn man gewisse Stücke schon im Vorfeld besprechen könnte, das wäre z. Bsp. ein typisches Beispiel (*lacht*).

Das gibt es zwar in nur in der Ablage, aber vielleicht auch im Ausschuss, dass man quasi eine Vorbesprechung da einmal haben könnte, bei gewissen Stücken würde es nicht schaden. Aufgrund dieser vielen negativen Aspekte werden wir diesem Stück auf jeden Fall nicht zustimmen. Danke vielmals (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Vielen Dank für den Bericht der Sonderkommission Augasse, Soko Augasse, sage ich jetzt da nur mehr, für den Lokalausweis und für die genaue Prüfung. Ich muss ganz ehrlich eine Frage stellen: Was ist das Problem, wenn man in einem städtischen Wohngebiet, Entwicklungsgebiet, dementsprechende 0,8er-Dichte hat? Nur um das auch einmal auf den Tisch zu legen, also nichts, was wirklich sehr, sehr dicht ist. Es ist keine 1,2 oder noch höhere Dichte. Wenn man das da verwirklicht. Noch dazu, Belastung durch z. Bsp. das Elektrizitätswerk oder Lärmbelastung. Das ist noch nicht jetzt nachgewiesen und wird auch deswegen das Aufschließungsgebiet, genauso wie Hochwasser, noch nicht aufgehoben. Das heißt, es muss noch nachgewiesen werden. Der Architekturwettbewerb hat das auch zum Auftrag gehabt, damit man diese Abschirmung bezüglich Lärmbelastung, Elektrizitätswerk u.ä. mehr schafft. Das habe ich auch gestern mit dem Herrn DI Inninger noch besprochen. Ich verstehe es nicht ganz. Und wo ich dann komplett nicht mehr mitkomme, dass die KPÖ meint, man muss einen höheren PKW-Stellplatzschlüssel machen, weil der Bachdruck so groß ist. Es gibt ein paar andere Zugänge z. Bsp. Wenn es dort Pendler, die sich in den Straßen verflüchtigen und parken und das den Einwohnern dann schwieriger machen, den jetzt schon vorhandenen, auch den künftigen Parkraum, ja, dann müssen

wir halt schauen, ob man eine grüne Zone dort prüfen und vielleicht auch einführen. Also es gibt so viele Möglichkeiten, das zu tun. Denn würden wir in diesem Stadtgebiet mit der Anbindung Bus etc., auch eine Straßenbahnachse ist ja auch im Gespräch, eure Stadträtin hat das am letzten Freitag der Presse gesagt, für den Nordwesten, dann würden die Menschen irgendwo in das Umland siedeln, hätten ihre Wege trotzdem in die Richtung und würden trotzdem dort parken und in unseren ÖV einsteigen. Also ich verstehe nicht ganz, wo ihr hinwollt. Euch ist die Infrastruktur mit einer Volksschule, mit diversen Einkaufsmöglichkeiten, mit sonstigen Anbindungen eben an den ÖV, der auch besser werden soll und muss, ist gegeben und das passt dann auch wieder nicht. Weil das ist dann wieder eine Belastung. Also irgendwann müsst ihr euch entscheiden, sonst verwechsle ich euch irgendwann mit der FPÖ (*Allgem. Appl.*).

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Das wäre uns nicht recht (*lacht*).

Lautes Lachen im Gemeinderatssaal.

Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren. Nachdem wir nur einen Bebauungsplan haben, erlaube ich mir dann noch, ein kurzes Schlusswort anzuhängen. Das erste Argument von der KPÖ hat ja der Karl Dreisiebner entkräftet. Also das ist wirklich angeschaut worden. Die Frau DI Mahr als Bearbeiterin des Stückes hat uns das gestern auch nachgewiesen, dass wegen des Lärms natürlich der Baukörper so gewählt ist, dass eben dort die abgewandte Seite ist, dass dort keine Schlafzimmer oder etwas hinkommen. Also an das ist sehr wohl gedacht worden. Beim Verkehr, ja, da muss man sagen, für das Bebauungsplangebiet ist ja vorgesorgt. Da gibt es die Tiefgarage und

dann muss ich schon die KPÖ fragen, wo ist da die Verkehrsstadträtin, wenn es um die Umgebung geht? Da hat ja der Karl wieder etwas gesagt. Also in der Augasse gibt es natürlich sehr wohl einen Parkdruck, wo die Frau Verkehrsstadträtin einmal aktiv werden sollte, dass sich dort etwas bessert. Da haben wir auch schöne Inseln noch von der Frau Rücker verordnet. Auch da gibt es natürlich Handlungsbedarf. Also in punkto Verkehr kann man nur den Apell richten, KPÖ aktiv werden (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter GR Haberler

7.16 Stk. 11) A8-119719/2018-6 A23-023995/2018/0014 A10/BD -010010/2011/213 A14-025537/2018/0002 A10/6-025343/2018/0001	Fachämterübergreifende Projektgenehmigung in der OG 2019 - 2021 in Höhe von insgesamt € 116.300,-- Spatial Energy Planning S/E/P for Heat Transition; Fördergeber Klima- und Energiefond KLIEN, Programm-Ausschreibung Vorzeigeregion Energie VE
--	---

GR Haberler:

Das ist ein sehr, sehr erfreuliches Stück. Es ist nämlich gelungen, zwölf Unterschriften, was uns mitgeteilt worden ist, in vier Tagen zu erlangen. Das ist eine fächer-
übergreifende Projektgenehmigung in der Höhe von 116.000 Euro, wo die Stadt Graz
21.410 Euro beisteuert. Der Rest ist eine FFG-Förderung. Um was geht es? Es geht
darum, einen Entwicklungsatlas für die komplexen urbanen Energiezusammenhänge,
also z. Bsp. Potenziale Erneuerbarer Energie und Infrastruktur, dynamische Wärme-
und Kältenachfragen in hoher räumlicher Auflösung zur Verfügung zu stellen und so
langfristig Energie- und Infrastrukturplanung möglich zu machen. Es ist ein Projekt des
Umweltamtes, der Stadtbaudirektion, des Stadtplanungsamtes, des
Stadtvermessungsamtes und soll dienen, der Bevölkerung einen Atlas zukommen zu

lassen, wie sie sich quasi erkundigen können, welche Energieformen in dieser Region von der Stadt Graz also gewünscht werden, gefördert werden, was das Effizienteste ist. Und da ist, glaube ich, dieses Stück ist ein gutes Beispiel, wie die Ämter in unserer Stadt miteinander gut arbeiten und wie das Ganze Hand in Hand geht. Und ich weiß, dass es eine breite Zustimmung gibt und bringe das Stück auf diesem Weg zur Abstimmung. Das machst du, gell? (*lacht*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. In der OG 2019 - 2021 wird die Projektgenehmigung (in Höhe von insgesamt € 116.300,--) über die im Motivenbericht näher beschriebenen Restfinanzierungsbeträge von 12.846 Euro für die Stadtbaudirektion und 8.564 Euro für das Umweltamt erteilt.
1. Die Bedeckung der Kosten erfolgt aus den Eckwerten der Stadtbaudirektion und des Umweltamtes.
2. Der Abteilungsleiter des Umweltamtes und der Stadtbaudirektor der Stadt Graz werden ermächtigt, die Kooperationsvereinbarung und weitere für die Projektabwicklung notwendige Dokumente zu unterfertigen.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Ja, ist so vorgesehen (*lacht*).

GRⁱⁿ **Hopper:**

Vielen Dank, Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Was mir da irgendwo ein Anliegen ist, gerade bei so einem Stück, wo, wie der Stefan schon gesagt, irrsinnig viele Abteilungen zusammenarbeiten. Erstens ist es einmal ein Erfolg für unsere Abteilungen, worauf wir sehr, sehr stolz sein können. Wir diskutieren da sehr, sehr oft über Sachen, wo wir nicht so einig sind. Es sollte auch der

Platz da sein, um uns einmal auch dankbar zu zeigen, dass wir derart gut zusammenarbeitende Abteilungen auch haben, die so etwas auf den Weg bringen können und für uns eine Verbesserung erreichen. Ich finde, dass das Thema jetzt gerade heute sehr, sehr passend ist und sehr, sehr cool, dass wir das gerade im Gemeinderat haben. Wir haben morgen zum ersten Mal in Graz auch eine Friday of future-Demo, die auch wirklich durch Schülerinnen und Schüler initiiert worden ist. Ich finde es deswegen einfach spannend, weil wir, glaube ich, sehr, sehr oft Jugendorganisationen oder gerade im jungen Bereich Situationen haben, wo wir aufzeigen, wo Gegnerschaft vielleicht ist und was einen vielleicht stört. Das ist, glaube ich, ein cooles Zeichen, worüber man einmal aufzeigt, wofür man sich einsetzt. Und ich finde es cool, dass das eine unabhängige Schülergruppe auch auf die Reihe gebracht hat und auch von verschiedensten Jugendorganisationen unterstützt wird. Ich finde es ein wirklich schönes Zeichen und ich glaube, dass man auch in dem Haus einmal sehr stolz sein können, dass wir so ein Stück auf die Reise schicken können und heute abstimmen können, wenn das ein Thema ist, das ganz viele Leute in Graz beschäftigt, vor allem auch junge Menschen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (14.23 Uhr).

Berichterstatter: GR Haberler

7.17 Stk. 17) KFA-K 32/2004-24

**Tarifanpassung Geriatriische
Gesundheitszentren 8020 Graz, Albert-
Schweitzer-Gasse 36,**

GR Haberler:

In dem Stück geht es um die Tarifierung für die Geriatrischen Gesundheitszentren in der Albert-Schweitzer-Gasse. Der Antrag lautet: Der Gemeinderat wolle die Anhebung des Tagsatzes für die Sonderklasse in der GGZ-Akutgeriatrie ab 1.1.2019 auf 122,24 Euro und ab 1.1.2020 auf 125,35 Euro für eine maximale Aufenthaltsdauer von 28 Tagen im Kalenderjahr pro Anspruchsberechtigtem rückwirkend mit Wirksamkeit 1.1.2019 beschließen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag:

Der Gemeinderat wolle die Anhebung des Tagsatzes für die Sonderklasse in der GGZ-Akutgeriatrie ab 01.01.2019 auf € 122,24,-- und ab 01.01.2020 auf € 125,35,-- für eine maximale Aufenthaltsdauer von 28 Tagen im Kalenderjahr pro ZL-Anspruchsberechtigtem rückwirkend mit Wirksamkeit 01.01.2019 beschließen.

GR Luttenberger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Um einmal gleich aufklärend zu wirken, dem stimmen wir zu. Ich habe mich nur deswegen da hinausgeschwungen, um ein bisschen die Taschenlampe auf den Inhalt dieser Summe zu leuchten. Das ist ein anderer Ausschuss, aber ich denke, wir sollten jetzt, wir haben uns gerade ein bisschen auf die Schultern geklopft, was wir für tolle Damen und Herren wir sind in manchen Sachen. Ihr wisst, ich habe manche Fehler, aber ich glaube, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, das nehmen mir die meisten von euch hier ab. Wie wird dieser Tagsatz verwendet, das ist sozusagen die Frage? Und natürlich bei einer Sonderklassenbehandlung ist es so, da kriegt ein Teil die Ärzte und die Mediziner, aber rund, das wird jetzt ein bisschen mehr sein, aber so 32, 33 Euro pro Tagessatz bekommt auch die Bürokratie. Also da bekommt die Geschäftsführung etwas, da bekommt die Abteilungsleitung etwas, da bekommt die Stellvertretung etwas. Das ist genau aufgeschlüsselt, es ist ja auch in der KAGES ähnlich, soweit ich mich erkundigt habe. Warum ich herausgehe, ist und das

ärger mich natürlich als Gewerkschaftler auch, das Pflegepersonal bekommt nada, die bekommen gar nichts. Und ich denke, zumindest wir werden da mittel- und langfristig auch an die Stadt einige Frage entwickeln, denn das ist glaube ich, ist schon sozial ungerecht. Mir ist nicht bekannt, dass die Geschäftsführung die Leute betreut in die Betten, das ist nicht so. Und ich ersuche euch wirklich, dass man einmal bei Gelegenheit kurz- und mittelfristig auch über das nachdenkt. Wir stimmen dem Tagsatz zu der Erhöhung, das ist klar, aber über den Inhalt und über den Verwendungszweck ersuche ich schon einmal, dass man gemeinsam nachdenken. Das war es. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren. Es wird nicht verwunderlich sein, wie bei jedem Ausschuss, bei jedem Antrag, der aus dem Ausschuss der Krankenfürsorgeanstalt kommt, werde ich auch ich bei dem wieder nicht mitstimmen, weil ich immer noch keinen Zugang habe zu den Unterlagen des Ausschusses für die Krankenfürsorgeanstalt und auch keine Einladung zu den Ausschüssen erhalte und daher nicht an der vorberatenden Debatte teilnehmen kann.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR Ehmann

7.18 Stk. 18) StRH-003518/2019

**Tätigkeitsbericht des Kontrollausschusses
gemäß § 67a Absatz 7 Statut des
Landeshauptstadt Graz**

GR Ehmann:

Herr Vorsitzender, vielen Dank, das ist dir ja nicht fremd, was wir da jetzt zu berichten haben. Du warst ja auch in dieser Rolle als Stadtrechnungshofdirektor. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Stadtsenat, im Gemeinderat, auf der Galerie. Geschätzter Herr Direktor des Stadtrechnungshofes, ich möchte als Ausschussvorsitzender zu Beginn einen wirklichen Dank an Sie und Ihr gesamtes Team stellen und zwar ist es wirklich ein aufwendiger Ausschuss und ein sehr arbeitsintensiver Ausschuss. Nicht nur für die Ausschussmitglieder, sondern vor allem auch für den Verwaltungsbereich, die ja uns grundsätzlich die hervorragend aufbereitenden Grundlagen und Unterlagen zur Verfügung stellen. Deswegen wirklich ein herzlicher Dank an Sie und Ihr gesamtes Team zu Beginn (*StR Riegler betätigt die Ordnungsglocke*). Der Bericht selbst über die Tätigkeit des Kontrollausschusses im Jahr 2018, ich darf es kurz halten, durch die im Statut übertragenen Rechte ist der Kontrollausschuss die zentrale Schaltstelle der dem Gemeinderat übertragenen Aufgabe der Kontrolle der Stadtverwaltung. Um sicherzustellen, dass er diese Aufgaben wahrnimmt, wurde im Kontrollausschuss als einziger im Ausschuss des Grazer Gemeinderates unter § 67a Abs 7 Statut der Landeshauptstadt Graz aufgetragen, einmal jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit an den Gemeinderat zu erstatten. Der Kontrollausschuss hat im Laufe des Jahres 2018 in elf Sitzungen die nachstehenden Prüfberichte, welche im Stadtrechnungshof im Zuge seiner Gebarungskontrollen bzw. Projektkontrollen erstellt wurden, behandelt. Das wären Gemeinde-Bedarfszuweisungen FAG 2008, schließliche Kassenreste 2015, durchlaufende Gebarung, Verlässlichkeit des Buchhaltungssystems der Stadt Graz, Einhaltung von Kriterien bei Auftragsvergaben des Hauses Graz, Kostensteigerungen im Zuge von Um- und Ausbauarbeiten bei der VS Brockmann, Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2017, VRV, Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2017, konsolidiert, Informationsbericht 3. Quartal 2017, Informationsbericht 4. Quartal 2017, Bericht der Hundeabgabe, Errichtung Reininghauspark und Grünachse - Abschnitt 1, Leistungen bei Ausscheiden von GeschäftsführerInnen im Hause Graz, Valorisierung eines GeschäftsführerInnenvertrages, Informationsbericht 1. Quartal 2018, Informationsbericht 2. Quartal 2018, Neubau VS Smart City, was kostet die Stadt?

Bereich Wasser, Einkünfte des Hauses Graz und buchhalterische Erfassung von Bauprojekten. Weiters behandelte der Kontrollausschuss die Änderungsvorschläge zum Statut der Landeshauptstadt Graz in Bezug auf den Stadtrechnungshof.

Bemerkenswert ist auch, dass dabei rund 13,2 Stunden im Kontrollausschuss debattiert wurde, also in elf Sitzungen, also ein ziemlich aufwendiger und intensiver Ausschuss.

Wo ich auch meinen Dank an alle Mitglieder richten möchte des Ausschusses, weil auch hier ist ein notwendiges Maß an Disziplin und Konstruktivität notwendig und das wird in diesem Sinne auch diskutiert. Das ist sehr gut, auch wenn es hie und da einmal emotional wird. Ist klar, das bedingen die Ausschusstücke teilweise. Maßnahmen im Sinne des § 18 Abs 4 der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes wurden dem Gemeinderat im Jahre 2018 nicht zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Zu den Sitzungen wurden nach Bedarf auch Auskunftspersonen hinzugezogen. Ich glaube, das hat sich auch bewährt mittlerweile dort, wo wir die Notwendigkeit gemeinsam sehen. Insgesamt, wie gesagt, ein guter Bericht, viel zu tun. Es gibt auch in Zukunft weiterhin viel zu tun, da sind wir uns sicher. Daher mein Dank an das Team des Rechnungshofes, an den Stadtrechnungshofdirektor, an alle Ausschussmitglieder. Ich glaube, ein umfassender Bericht des Jahre 2018. Bitte um Zustimmung und zur Kenntnisnahme. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis nehmen und beschließen.

StR Riegler:

Danke, Herr Klubobmann Ehmman. Ich muss sagen, also die Liste der Berichte ist lang und da kann man nur wirklich sagen, alle Achtung, da wird fleißig gearbeitet im Stadtrechnungshof.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter GR Luttenberger

7.19 Stk. 19) StRH-01807 /2018 Repräsentationsausgaben im Haus Graz

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren. Das ist heute mein letzter Auftritt. Bevor ich ernst werde, eine aktuelle Mitteilung. Das Wasserrettungsboot bleibt verschollen. Also bitte weitersuchen. Und nun nähere ich mich meinem Inhalt. Also ich habe die Freude, namens des Kontrollausschusses über die Repräsentationsausgaben im Haus Graz zu berichten und dann diesen Bericht um Kenntnisnahme zu ersuchen. Also ein bisschen eine Leseübung ist das. Für die Abwicklung der Repräsentationsausgaben gab es oder gibt es zwei Möglichkeiten, über das SAP-System (inklusive Bestellschein) und über die sogenannten Verlagskassen. Im Bereich dieser Kassen gab es interne Kontrollen. Eine Auffüllung der Kassen war jederzeit möglich. Die budgetäre Vorsorge war auf der Kontoklasse der Amtspauschalen und Repräsentationsausgaben teilweise mangelhaft. Auf einzelnen Rechnungen war der Zweck der Ausgabe und die TeilnehmerInnen nicht enthalten. Der Stadtrechnungshof empfahl, nona, hier eine ausreichende Dokumentation. Dann hat es einen Komplex gegeben über die freiwilligen Sozialleistungen wie etwa Zuwendungen für Ausbildungszwecke oder Betriebs-/Weihnachtsfeiern, sie stellen keine Repräsentationskosten dar. Der Kontierungsleitfaden sah für Feiern jedweder Art die Kontenklassen 590 „freiwillige Sozialleistungen“ vor. Ebenso stellen Geschenke und Essen anlässlich von Geburtstagen keine Repräsentationsausgaben dar und waren auf derselben Kontoklasse zu verbuchen. Der Stadtrechnungshof hat sich dann die Mühe gemacht und hat Stichproben von rund zehn Abteilungen vorgenommen. Im Rahmen dieser Kontrollen erhielten drei aus zehn der für die Stichprobe herangezogenen Abteilungen Verfügungsmittel. Der

Verwendungszweck stand in Verbindung mit den städtischen Aufgaben. Die Aufstellungen der Einnahmen und Ausgaben war ordnungsgemäß. Aber nicht alle Abteilungen haben sich daran gehalten. Also da besteht schon noch ein Nachholbedarf, aber ich möchte positiv beenden. Gleich nach dem dieser Punkt ja im Kontrollausschuss behandelt wurde, hat die Buchhaltung das Gespräch mit dem Stadtrechnungshof gesucht und

- a) eine Präzisierung der Kontenklassen vorgeschlagen, damit hier genau abgebucht und gebucht werden, was wohin gehört und
- b) und das steht auch im Bericht, im Kurzbericht drinnen, geht es um die Compliance von der Holding Graz. Also die haben hier eine Vorgangsweise, wo genau abgestimmt wird, wer was wo zu verbuchen und zu tun hat und auch diese Regelung wird hier seitens des Stadtrechnungshofes für die Stadt Graz empfohlen.

Ich nähere mich dem Gemeinderatsantrag. Aufgrund der Kontrollfeststellungen des Stadtrechnungshofes zum Bericht Repräsentationsausgaben im Haus Graz und der stattgefundenen Beratungen des Kontrollausschusses wird folgender Antrag gestellt: Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht, sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen. Ich bitte darum.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic

**7.20 Stk. 20) A10/6-110351/2018 Grazer Straßennamen – Maßnahmenkatalog
A16-050831/2014/0010**

GR Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Bereits im 2014 gab es den grundlegenden Gemeinderatsbeschluss, der zu Untersuchung, zum Screening der Namen führte, die in unserer Stadt in erster Linie für Straßen, Brücken, Plätze, Stege, Kais, Alleen udgl. zunächst als Orientierung dienen. Es sind von den ca. 1.700 Namen 793, die personenbezogen sind. Es war im Laufe der Gründerzeit z.Bsp. üblich, im Geidorfviertel etwa nach Dichtern, Literaten Straßen zu benennen. Dann nach Politikern zunehmend und da sei auch festgehalten, das entnimmt man auch dem Buch von Karl Kubinzky, erst in jüngster Zeit gab es dann auch internationale Persönlichkeiten und fast zeitgleich auch erst vermehrt weibliche Namen, die sich in den Straßen- und Plätzebezeichnungen wiederfinden. Immer wieder hat das Thema den Gemeinderat beschäftigt. Ja jedes Mal, wenn wir eben eine neue Bezeichnung zu vergeben haben, aufgrund der unwahrscheinlichen Entwicklung in unserer Stadt ist das durchaus des Öfteren der Fall, haben wir uns mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben nur in etwas auch den Beschluss, bevorzugt Frauennamen und Persönlichkeiten, weibliche Persönlichkeiten bei der Benennung sozusagen vorzuziehen. Nunmehr liegt das Ergebnis dieser von Herrn Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner geleiteten Kommission vor. Dieses Konstrukt, das weit über 1000 Seiten umfasst, und mit wissenschaftlicher Akribie verfasst wurde, dankenswerterweise, also es ist ausdrücklich der Dank eben auszusprechen, dass wir nunmehr über eine wirklich fundierte Arbeit verfügen, weil die Lebensläufe sind gescreent worden eben nach dem Auftrag unseres Gemeinderatsbeschlusses. Wir haben diesen Bericht im Vorjahr hier einmal als Informationsbericht zur Kenntnis genommen. Wir haben im Ausschuss, der dafür zuständig ist, im Stadtplanungsausschuss, mehrfach uns mit dem Thema befasst. Wir haben versucht auch aufzunehmen die jeweilige Willensbildung in den

verschiedenen Klubs, um auch mit dem Bürgermeister, der der politische Verantwortliche für das Stadtvermessungsamt ist, um auch dort diese Anregungen auch zu bearbeiten und zu verarbeiten. Nunmehr liegt uns das Ergebnis dieses Vorgangs, für den wir uns ganz bewusst entsprechende Zeit genommen haben, vor. Es ist ein Beschluss, der Ihnen allen vorliegt, der im Kulturausschuss und im Stadtplanungsausschuss vorberaten wurde, liegt wie gesagt vor zur Beschlussfassung heute hier, wo im Wesentlichen vier Punkte vorgeschlagen werden, beantragt werden. Erstens: Die Kommunikationsabteilung wird auf der Informationsseite www.graz.at, also eine entsprechende Informationsseite einrichten. Das war gefolgert dem Wunsch, eine niederschwellige Verfügbarkeit der gesamten Ausarbeitungen der Kommission jedem Mann und jede Frau verfügbar zu machen. Der vollständige Bericht, der EKS-ExpertInnenkommission für Straßennamen, darf das Kürzel verwenden, der gesamte Bericht ist dort verfügbar.

Zweitens: Das Stadtvermessungsamt soll, wenn wir das so beschließen, am Geoportal, das ist jene Ebene, die mit allen georeferenzierten Informationen beauftragt ist, wo eben als touristische Informationen alle ortsbezogenen Verkehrsinformationen und, und, und, sehr systematisch und zugriffsfähig präsent sind, dort wird es einen eigenen Straßennamenbereich geben, wo eben bei Anklicken des Namens dann diese Informationen, die wir wollen, auch verfügbar sind. Weiters, und das ist ebenfalls ganz wichtig, das ist dann eine Schlussfolgerung aus dem, was hier auch noch besonders zu betonen ist, es geht um eine breite Information im Projektunterricht, im Schulunterricht, im Sachkundeunterricht, im Heimatkundeunterricht über die Geschichte unserer Stadt. Und da, da stehe ich nicht an, zu betonen und festzuhalten, da auch in dem vorliegenden Antrag entsprechend den Meinungen und der Meinungsbildung in der überwiegenden Anzahl der Klubs keine Umbenennungen vorgesehen sind. Daher müssen wir lernen, mit unserer Geschichte zu leben, d.h. mit ihr kritisch umzugehen. Und ich darf da nur, weil wir natürlich uns auch die anderen Stadtgemeinden angeschaut haben in Österreich und darüber hinaus auch good oder best Practice, ob das Wort hier auch wirklich angemessen, weil es ist ein Terminus, Beispiele anzuschauen. Die Stadt Wien, nach deren Modell wir eigentlich auch hier in

Graz vorgegangen sind, hat keinen einzigen Namen, der belastet ist aus dem Straßenbild genommen. Keinen einzigen Namen aus dem Straßenbild...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Piffl-Percevic:

... welchen bitte?

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Piffl-Percevic:

Gehen Sie von der Wollzeile zum Stubenring. Und da gehen Sie an einem Denkmal vorbei und auch der bezughabende Platz neben der Prunkstraße heißt: Dr. Karl-Lueger-Platz bis heute. Die Stadt Wien hat keinen einzigen Namen aus dem Stadtbild genommen, sondern hat auch festgestellt, dass wir, ich zitiere, „unsere Geschichte nicht ausradieren sollten“, ich nehme das wertfrei als Beispiel, wie andere Städte verfasst sind. Und um zum letzten Punkt des Antrages zu kommen, zum vorletzten noch einmal. Eine breite Information aller Schulstufen, aller Schultypen ist wichtig und ist notwendig, um jetzt nach diesen Erkenntnissen auch entsprechend zu reagieren und das in dementsprechenden Unterricht und auch in die Bildung einfließen zu lassen. Und viertens ist beabsichtigt, in den nächsten Jahren allen Personen, die in den Straßennamen vorkommen, auch entsprechende Erklärungstafeln in den Straßen oder Tafeln auszufertigen. Zum Umgang mit der Geschichte, und das ist für mich persönlich und für viele sehr wichtig, gehört nicht nur der Umgang mit den problematischen Phasen, sondern wir können nur leben, wenn wir auch uns positiv motivieren, ohne das andere wegzustecken. Nämlich, dass wir auch die überwiegende Anzahl der großen positiven erwähnenswerten Persönlichkeiten in unser tägliches Gedächtnis

rufen. Daher werden alle Straßen planmäßig mit von Historikern bearbeitenden Texten, die der Ergebnisse der Expertenkommission, wo diese einfließen sozusagen, ausgestattet werden. Auch hier ein Beispiel, in Leoben hat man ebenfalls keinen einzigen Namen meines Wissens aus dem Stadtbild genommen. Jedenfalls beschließt man oder diskutiert man ebenfalls sämtliche Straßen, personenbezogene Straßen- und Plätzenamen mit solchen Tafeln auszustatten. In diesem Sinne appelliere ich und ich bin dankbar, das möchte ich abschließend bemerken, dass dieser vorliegende Antrag, wie er uns von Herrn Bürgermeister und seinem Amt vorgelegt wurde, eine ich darf schon sagen, überwältigende Mehrheit in den Ausschüssen bekommen hat. Aus den verschiedenen Gesichtspunkten, die auch heute hier sicher noch dargelegt werden und ich darf daher ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen. Herzlichen Dank (*Allgem. Appl.*).

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Die Abteilung Kommunikation wird beauftragt, auf www.graz.at eine Informationsseite einzurichten, die sowohl eine Kurzfassung als auch den vollständigen Bericht der EKSΝ beinhaltet.
- 2) Das Stadtvermessungsamt wird beauftragt, am Geoportal ein neues Service einzurichten, bei dem mittels Mausclick auf den Straßennamen die jeweilige Beschreibung der EKSΝ angezeigt wird.
- 3) Es werden alle Grazer Volksschul-, Neuen Mittelschul- und Gymnasiumsbibliotheken mit der Neuauflage des Buches (unter Einbeziehung der Ergebnisse der EKSΝ) „Grazer Straßennamen. Herkunft und Bedeutung“ (K.A. Kubinzky, A.M. Wentner) ausgestattet.
- 4) In allen Straßen und auf allen Plätzen, die nach Personen benannt sind, werden Hinweistafeln über die jeweiligen Namensgeberinnen angebracht. Das Kulturamt wird beauftragt sicherzustellen, dass, basierend auf den Texten des EKSΝ-Berichtes, die Hinweistafeln textiert werden.
Das Stadtvermessungsamt wird beauftragt, für die nächste Gemeinderatssitzung ein entsprechendes Finanzstück vorzubereiten.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.46 Uhr).

GR Fabisch:

Werter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Peter. Du weißt, ich bin ein großer Fan von dir. Kulturelle Bildung, verbunden mit rhetorischer Brillanz, da muss man zuhören. Ich habe dir auch im Ausschuss gut zugehört und du hast es in ähnlicher Weise hier wiederholt. Es geht darum, dass wir mit Geschichte leben lernen müssen, hast du gesagt im Ausschuss. Und irgendwie habe ich das Gefühl gehabt, dir ist nicht so recht wohl gewesen bei dieser Aussage. Vielleicht hast du das schon im Kopf gehabt, dass das in einigen Jahren mit einer anderen Koalition vielleicht anders betrachtet werden kann. Oder hast du den Herrn Kommerzialrat Gerstl noch im Hinterkopf, den wir beide sehr geschätzt haben, der dir vielleicht mit kräftiger, aber mit wohlklingender Stimme eine andere Position nahegelegt hätte? Vielleicht noch eine kleine Ergänzung zu deiner Rede. Karl-Lueger-Ring wurde vor einigen Jahren zum Universitätsring umbenannt.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Fabisch:

Ja, aber weil es heute geheißen hat, es hat keine Umbenennungen geben.

*Zwischenruf GR **Frölich**: Kein Name ist verschwunden. Plätze sind geblieben.*

Fabisch:

(lacht) Wo bin ich hier?

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Zur Information im Grazer Gemeinderatssitzungssaal.

Fabisch:

Das habe ich mir gedacht. Also diesem Stück, so sehe ich das, und zwar meine ich jetzt die Ablehnung etwaiger Umbenennungen, liegen zwei Denkfehler zugrunde, die auch durch ständige Wiederholungen nicht an Wahrheitsgehalt gewinnen. Der erste Irrtum ist, Straßen- und Platzbezeichnungen sollen ein möglichst breites Spektrum aller Ereignisse und Epochen einer Stadt darstellen, ein Sammelsurium aller Personen und Persönlichkeiten, das ist falsch. Die Namensgebungen waren immer Ausdruck einer Positionierung, einer Weltsicht, der von Werthaltungen, von Werten, die sooft zitiert werden, hier einmal neutral gemeint. Beispiel, der Freiheitsplatz hieß bis Ende der Monarchie Franzensplatz. Ab 1918 Freiheitsplatz, im Ständestaat Franzensplatz, einige Jahre später Freiheitsplatz. Der hat schon viel erlebt. Bis Kriegsende 1945, der Platz hinter mir hieß Adolf-Hitler-Platz, hier war die Umbenennung nach Kriegsende kein Problem. Heute heißt dieser schöne Platz nach dem ersten österreichischen Frauenminister Herbert Haupt. Zusatztafeln sind in *Planung (Lachen im Gemeinderatssaal)*. Nochmals, es geht nicht darum, möglichst viele Namen der Stadtgeschichte zu verewigen, sondern es geht natürlich um eine Geisteshaltung und um Wertvorstellungen. Ich möchte hier auch in Erinnerung rufen, dass die Arbeit an der Geschichte von Seiten der Stadt Graz zwar ausbaufähig ist, aber auch Wichtiges hervorgebracht hat, auch ohne Straßenschilder, z. Bsp. für die vierbändige Geschichte der Stadt Graz, die schon zu etlichen Bandscheibenvorfällen bei Ehrenbürgern geführt hat, weil sie doch ein gewichtiges Konvolut darstellt. Besondere Betonung möchte ich auf das historische Jahrbuch der Stadt Graz legen. Kann mich noch sehr gut an Prof. Valentinitz erinnern, Hofrat Bouvier und Prof. Reisinger und großartige Autoren von verschiedenen Beiträgen arbeiten im ein Jahres- oder Zwei-Jahres-Rhythmus weiter. Die historische Arbeit des GrazMuseums darf man auf keinen Fall übersehen. Dir. Prof. Hochreiter und sein wunderbares Team betonen hier die Alltags- und Sozialgeschichte und das ist hochinteressant. Ich möchte hier, auch wenn die Stadt

Graz nicht direkten Einfluss hat, auch einmal die Kleine Zeitung loben, deren Beiträge von Engele und Preis und vielen anderen uns den Sonntag immer spannend machen. Also das Beharren auf überholten Straßenschildern spricht definitiv nicht für ein besonderes Geschichtsverständnis. Das sind mindestens 20-mal nicht die Werte, auf die wir aufschauen sollten im wahrsten Sinne des Wortes, wenn wir an einer Straße entlanggehen oder einen Platz betreten. Der zweite Denkfehler hat natürlich mit dem ersten zu tun. Die Regierungskoalition spricht gerne vom Gedächtnis der Stadt und wenn es um Straßenplatznamen geht. Und nun frage ich mich, gehören nicht alle diese wunderbaren Menschen, deren Namen sich bestenfalls vor unserer langen Warteliste für Benennungen befinden, die ihr Leben und Wirken in den Dienst an ihren Mitmenschen gestellt haben? In Wissenschaft und Forschung, im Kulturbereich, Frauenrechte, Pädagogik, Sozialbereich oder im Widerstand? Gehören die nicht auch zum Gedächtnis der Stadt Graz zu unserer Stadtgeschichte und darunter sind sehr viele Frauen. Selbstverständlich, aber man hat sie bis heute noch nicht ausreichend gewürdigt. Die Begleitmaßnahmen, die im Stück definiert werden, halte ich für gut. Leider fehlt der wichtigste Punkt und daher muss ich den im Punkt 4 ein wenig verändern durch einen Abänderungsantrag. Ich werde es versuchen. Ich bin mir nicht sicher, ob ich dafür heute eine Mehrheit bekomme. Schauen wir einmal. Daher meine Bitte, machen wir 20-mal Platz. Ersetzen wir die Namen der ärgsten Hetzer, Kriegstreiber und Antisemiten durch die Namen derjenigen, die in unserer Stadt Graz zum Wohle der Gesellschaft, ihrer Mitmenschen, schlicht: der Humanität gelebt und gewirkt haben. Daher zu meinem Abänderungsantrag. Jetzt bin ich aber wirklich gleich fertig. Es geht um die Umbenennung der 20 belastetsten Straßen. Sie haben den Antrag bekommen. Leider hat sich ein hochinteressanter Tippfehler eingeschlichen. Diese Straßen sollen nicht „unbenannt werden“, sondern „umbenannt“, in der zweiten Zeile. Ich bedanke mich für die Korrektur, es ist aber ein Freud'scher Fehler, sehr interessant. Nein, sie sollen einen neuen Namen bekommen. Man kann nicht sagen, da unten, es ist die lange und meint damit die Conrad-von-Hötzendorf. Verbunden mit einer Bitte, die nötigen Tafeln bis Ende 2020 zu errichten. Ich glaube, das geht sich aus. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

4) Die 20 Straßennamen, welche von der ExpertInnenkommission als sehr problematisch eingestuft wurden, sollen umbenannt werden und in allen Straßen und auf allen Plätzen, die nach Personen benannt sind, werden Hinweistafeln über die jeweiligen NamensgeberInnen angebracht. Das Kulturamt wird beauftragt sicherzustellen, dass, basierend auf den Texten des EKS-N-Berichtes, die Hinweistafeln textiert werden.

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen. Ich kann mich da dem Kollegen Fabisch anschließen insofern, dass ich auch der Meinung bin, dass Straßennamen immer auch Ausdruck einer Werthaltung sind. Und was jetzt in der Berichterstattung zum Stück nicht so klar herausgekommen ist, wir müssen uns ja auch zurückbesinnen, warum überhaupt die Arbeit der HistorikerInnenkommission damals in Auftrag gegeben wurde. Und zwar war dem ja vorausgegangen eine Debatte über Erinnerungskultur, eine Debatte darüber, wem wir in der Stadt noch ein Denkmal setzen wollen in Form von Straßennamen und wem nicht. Das war die Debatte, die wir damals hatten und wir müssen uns fragen, ob das Ergebnis, das jetzt da ist, wirklich zufriedenstellend ist und wirklich der damaligen Debatte gerecht wird. Sie selbst, sehr geehrter Herr Bürgermeister, haben noch vor etwa einem Jahr, als die Ergebnisse präsentiert wurden, gesagt, ich schließe nichts aus, wünsche mir aber eine gemeinsame Vorgehensweise. Sie reden da auch von, Umbenennungen kommen in Frage, Zusatztafeln, künstlerische Interventionen und auch Kollege Piffel-Percevic sprach gerade davon, dass die politische Willensbildung über alle Klubs hinausgehend, ein sehr, sehr wichtiges Anliegen war. Wenn ich mir

aber jetzt das Ergebnis anschau, habe ich das Gefühl, es ging nur um den Willen einer Fraktion, nämlich um den Willen der FPÖ (*Allgem. Appl.*). Und ich möchte wirklich betonen, auch wir als Grüne, die sich ja immer klar für die Umbenennung der 20 schwer belasteten Straßen ausgesprochen haben, wären für Kompromisslösungen offen und gesprächsbereit gewesen. Zusatztafeln, die ihren Namen verdienen und die der Sensibilität der Materie gerecht werden, hätten wir unterstützt. Aber das, was jetzt da vor uns liegt, nämlich allen personenbezogenen Straßen Erklärungstafeln zu geben, und wie es jetzt dargelegt wird, gleich ausschauende Erklärungstafeln, das ist für mich das Gegenteil von einer sinnvollen Zusatztafel. Weil, was da gemacht wird, ist eher das Verdecken der Ergebnisse. Das bedeutet, wir haben jetzt überall Erklärungstafeln und wir setzen diese Menschen alle gleich. Alle bekommen ihre Tafeln, egal ob das ein Kriegstreiber ist oder eine Friedensnobelpreisträgerin. Das kann doch nicht das Ziel dieses ExpertInnenberichts gewesen sein. Sie, Herr Bürgermeister, und die ganze Grazer ÖVP tragen mit diesem Stück die Haltung der FPÖ mit und die ist immer wieder sehr, sehr eindeutig zum Ausdruck gekommen. Die FPÖ und der Kollege Sippel, der gerade nicht da ist, hatten immer wieder gesagt, was er ablehnt, ist, die Handlungen von vergangenen Personen heute zu beurteilen. Was bedeutet denn das? Das bedeutet ja, dass wir im Grunde das Ergebnis der HistorikerInnenkommission negieren, weil die haben ja genau das gemacht, oder? Die haben sich die Biografien der Personen angeschaut und ihr Handeln bewertet und haben festgestellt, es gibt diese 20 sehr problematischen Namen und dann noch 62 problematische Namen und das jetzt zu relativieren und zu sagen, nein, wir können das aus heutiger Sicht nicht so genau einschätzen, ist eine ganz, ganz grobe Form von Geschichtsrelativierung, die ich eigentlich gehofft hätte, dass wir sie nicht mehr sehen müssen in diesem Gemeinderatssaal und die ÖVP trägt das mit (*Appl.*).

Herr Bürgermeister, ich finde auch andere Aussagen von Ihnen in dem Zusammenhang höchst widersprüchlich. Weil Sie reden einerseits davon, eben durch Umbenennungen die Geschichte der Stadt nicht auslöschen zu wollen, aber im gleichen Artikel, im Grazer, sagen Sie selbst, Straßennamen sind sehr wichtig. Es ist die höchste Ehre, die die Stadt jemandem zuteilwerden lassen kann. Wie kann denn das sein? Dass Sie

absolut gegen Umbenennungen sind und gleichzeitig aber sagen, es ist die höchste Ehre, die wir als Stadt jemandem geben können? Wollen wir wirklich diese höchste Ehre diesen problematischen Personen nach wie vor zuteilwerden lassen? Und etwas möchte ich noch sagen zu diesem Argument, Geschichte auslöschen. Ich denke, niemand von uns will die Geschichte auslöschen. Aber man könnte damit auch ganz anders umgehen, z. Bsp. in Kapfenberg wurde eine belastete Straße umbenannt nach einem Opfer des Nationalsozialismus. Dann hat man den Namen im Straßenraum, hat den Beweis der Vergangenheit, aber offensichtlich mit einer ganz anderen Aussage, nämlich wir dass der Opfer gedenken und nicht der SympathisantInnen und nicht derer, die involviert waren in die Taten. Also ich denke, es hätte ganz, ganz viele andere Möglichkeiten gegeben, mit dem Thema umzugehen. Und ich finde es erschreckend, dass das jetzt das Stück ist, was uns am Ende der Tage sozusagen vorgelegt wird. Mein Abänderer hat jetzt, glaube ich, nicht sehr viel Chancen auf Zustimmung, aber ich möchte wirklich an Sie alle noch einmal appellieren, vielleicht einem Teil des Abänderers zuzustimmen. Ich finde nämlich die Idee, Sensibilisierungsarbeit an den Schulen zu leisten, sehr, sehr wichtig. Ich glaube aber nicht, dass es ausreichend ist, ein Buch in eine Schulbibliothek zu stellen. Deswegen habe ich in meinen Abänderer auch bewusst die Idee reingenommen von Stadtpaziergängen mit Jugendlichen, um eben wirklich aktiv sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Also vielleicht findet dieser Punkt Ihre Zustimmung und ich möchte bei der Gelegenheit auch noch einmal appellieren, wenn die Abänderer zu dem Stück keine Zustimmung finden, vielleicht können wir ja bei dem Dringlichen vom Kollegen Swatek noch einmal diskutieren. Weil es kann ja nicht sein, dass der Herr Kloepfer seine Ehrenbürgerschaft einfach so behält und dass das so stehen bleibt. Ich komme zum Text meines Abänderers:

1. Das Kulturamt wird in Kooperation mit dem Stadtvermessungsamt beauftragt, einen Ablauf für die schrittweise Umbenennung der 20 schwer belasteten Straßen mit einer breiten Einbindung der AnrainerInnen zu erarbeiten. Im Rahmen dieses Prozesses soll es auch zu künstlerischen Interventionen und Sensibilisierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum kommen. Zur Ideenfindung

könnte man Initiativen wie „Comrade Conrade“, dem „Verein für Gedenkkultur“, BezirksaktivistInnen, die sich für Umbenennungen einsetzen und weitere Interessierte dazuholen. Der Ablauf sollte bis Mai 2019 vorgelegt werden.

2. Die restlichen als problematisch eingestuften Straßen erhalten Zusatztafeln, die farblich von herkömmlichen Hinweistafeln unterscheidbar sind.

Punkt 3 und 4, die sind jetzt gleich dem Ursprungstück. Die lese ich nicht mehr vor aus Zeiteffizienzgründen und eben der letzte Punkt, der die Schulen betrifft, zusätzlich zu dem Buch „Grazer Straßennamen Herkunft und Bedeutung“ sollte auch die Kurz- und Langfassung der Ergebnisse der HistorikerInnen-Kommission in den Bibliotheken sein und ein jugendgerechter Stadtspaziergang zu den Grazer Straßen inklusive Information zu der wechselvollen Namensgeschichte mancher Grazer Plätze konzipiert werden. Danke und ich hoffe auf teilweise Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Vor fast 5 Jahren wurde im Grazer Gemeinderat der Beschluss gefasst, eine HistorikerInnen-Kommission einzusetzen, die alle Grazer Straßennamen untersuchen soll. Einstimmig definierte die Kommission 20 Straßennamen als schwer belastet und 62 weitere als belastet, der entsprechende Bericht wurde vor rund einem Jahr der Öffentlichkeit präsentiert. Vorausgegangen ist dieser Beauftragung, der Forschung und der Präsentation des Berichtes eine lange und intensive Debatte dazu, ob Straßen in unserer Stadt weiterhin nach Kriegstreibern, Antisemiten oder NS-Sympathisanten benannt werden sollten. Die Debatte, die zum Auftrag an die Kommission geführt hat, war also eindeutig eine zur Erinnerungskultur in der Stadt. Wem setzen wir auch heute noch ein Denkmal, indem nach ihm/ihr Straßen benannt werden? Wen wollen wir weiterhin in dieser Form ehren oder eben auch nicht?

Der Ansatz, alle personenbezogenen Straßen mit Hinweistafeln zu versehen, wird dem ursprünglichen Anliegen und der bisherigen Debatte in keiner Weise gerecht. Es

entsteht geradezu der Eindruck, dass die große Menge der Zusatztafeln (rd. 800 personenbezogene Benennungen) die eigentliche Absicht, nämlich die historisch belasteten Personen kenntlich zu machen und über sie aufzuklären, verdecken soll. Und auch noch eine andere Botschaft schwingt hier mit, nämlich die, dass man sich kein Urteil über Menschen, die 80 oder 100 Jahre vor uns gelebt haben, erlauben könne. Und so bekommt dann jeder und jede seine/ihre Zusatztafel - vom Kriegstreiber Conrad von Hötzendorf bis zur Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner.

Die Umbenennung von Straßen wird mit diesem Gemeinderatsstück generell ausgeschlossen. Auch dies ist eine Vorgangsweise, die wir für inakzeptabel halten. Zumindest die 20 stark belasteten Namen sollten umbenannt werden. Dies ist keinesfalls eine Geschichtsauslöschung, wie öfter behauptet wird, es ist die Beendigung eines eigentlich unerträglichen Zustandes, nämlich dass Menschen, die für Verbrechen, Verhetzung und für die Verherrlichung von totalitären Regimen stehen, Denkmäler gesetzt werden. Wir könnten diese Straßen beispielsweise nach den Opfern benennen, wie es auch die Stadt Kapfenberg mit der dortigen Kernstock-Gasse getan hat. So wird wohl niemand von einer „Auslöschung“ der Geschichte sprechen können.

Es braucht nicht unbedingt nur das eine Konzept, wie man mit belasteten Straßennamen umgeht. Je nach Situation gäbe es unterschiedliche Möglichkeiten. Bei der Max-Mell-Allee gibt es den Wunsch aus dem Bezirk und von den AnrainerInnen für eine Umbenennung in Aigner-Rollett-Allee, diesem Wunsch sollten wir umgehend entsprechen. Bei großen Straßen, wie der Conrad-von-Hötzendorf-Straße braucht es wahrscheinlich noch viel Informationsarbeit, Debatte und auch konkreter Unterstützung der AnrainerInnen und Wirtschaftstreibenden, um zu einem guten Prozedere für eine Umbenennung zu kommen. Und auch im Bezug auf Kennzeichnung, Hinweistafeln oder andere Formen des öffentlichen Erinnerns und Gedenkens braucht es unterschiedliche Formen, um einer würdigen Gedenkkultur gerecht zu werden, die wahrnehmbar ist, die zum Wissen über die Geschichte und zu einer aktiven Auseinandersetzung beiträgt.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Abänderungsantrag:

- 1.) Das Kulturamt wird in Kooperation mit dem Stadtvermessungsamt beauftragt, einen Ablauf für die schrittweise Umbenennung der 20 schwer belasteten Straßen inkl. einer breiten Einbindung der AnrainerInnen zu erarbeiten. Im Rahmen des Umbenennungsprozesses soll es auch zu künstlerischen Interventionen und anderen Sensibilisierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum kommen. Zur Ideenfindung soll ein runder Tisch mit Initiativen wie „Comrade Conrade“, dem „Verein für Gedenkkultur“, BezirksaktivistInnen, die sich für Umbenennungen einsetzen und anderen Interessierten einberufen werden. Der genaue Ablauf ist dem Gemeinderat bis Mai 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen.*
- 2.) Die restlichen als problematisch eingestuften Straßen erhalten Zusatztafeln, die farblich von herkömmlichen Hinweistafeln unterscheidbar sind und unter Einbeziehung der HistorikerInnen-Kommission erarbeitet werden.*
- 3.) Die Abteilung Kommunikation wird beauftragt, auf www.graz.at eine Informationsseite zu den Grazer Straßennamen inkl. der Kurz- und Langfassung des EKS-N-Berichts einzurichten.*
- 4.) Das Stadtvermessungsamt wird beauftragt, am Geoportal ein neues Service einzurichten, bei dem mittels Mausclick auf den Straßennamen die jeweilige Beschreibung der EKS-N angezeigt wird.*
- 5.) Alle Grazer Volksschul-, NMS- und Gymnasialbibliotheken werden mit der Neuauflage des Buches „Grazer Straßennamen. Herkunft und Bedeutung“ und der Kurz- und Langfassung der Ergebnisse der HistorikerInnen-Kommission ausgestattet. In Kooperation mit Initiativen wie dem „Verein für Gedenkkultur“ wird ein jugendgerechter Stadtspaziergang zu als problematisch eingestuften Grazer Straßen inkl. Informationen zu der wechselvollen Namensgeschichte mancher Grazer Plätze konzipiert. Dieser Stadtspaziergang soll Grazer Schulklassen kostenlos bzw. zu einem geringen Unkostenbeitrag angeboten werden.*

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. 2016 gab es in Österreich eine Umfrage dazu, welche Berufsgruppen wie viel Vertrauen in Österreich genießen. Das meiste Vertrauen genießen in Österreich Apotheker, Ärzte, KrankenpflegerInnen, um die 90 % oder mehr. Die Berufsgruppe, die am wenigsten Vertrauen bei der Bevölkerung hat, sind Politiker mit gerade einmal 17 % und die Frage ist, woher kommt das? Ich glaube, das hängt auch sehr stark damit zusammen, dass Politiker oft sehr viel reden und das Geredete da nicht einhalten und ihr Versprechen nie einhalten. Warum erwähne ich das jetzt? Weil ich ein Zitat von Ihnen, Herr Bürgermeister, kurz erwähnen möchte, das Sie im März 2018 veröffentlicht haben, nämlich am Tag der Präsentation des Berichtes der Expertenkommission sagten Sie: „Ich habe auch vor, die Bürger der betroffenen Straßen in einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess einzubinden“. Ich habe den Antrag jetzt mehrmals genauestens durchgelesen und irgendwie kann ich das Wort Bürgerbeteiligung oder generell eine Form der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nicht drinnen finden.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Swatek:

Und ich hoffe einfach einmal, dass das unabsichtlich war und habe mir daher erlaubt, einen Zusatzantrag für Sie zu schreiben. Sie können nachher reden. Das steht so in der Zeitung ...

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Swatek:

Ich kann das Ganze vorlesen. Ich habe den 1000-seitigen-Bericht heute im Stadtsenat übergeben und hoffe jetzt auf eine breite Diskussion im Gemeinderat. „Ich habe auch vor, die Bürger der betroffenen Straßen in einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess einzubinden“. So haben Sie das gesagt. Wenn Sie dazu nicht mehr stehen, ist das bei Ihnen....

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Wenn es zu Umbenennungen kommen sollte, das war klar ausgemacht auch in der Pressekonferenz (Allgem. Appl.).

Swatek:

Von mir kommt jetzt die Möglichkeit für Sie, dass Sie zu Ihrem Wort stehen und deswegen stelle ich einen Zusatzantrag, nämlich dass wir eine Form der Bürgerbeteiligung machen und dann schlage ich vor, dass einfach, wenn zehn Prozent der Bürgerinnen und Bürger vor Ort wollen, dass sie über ihre Straßennamen diskutieren wollen oder wenn sie einen breiten BürgerInnenbeteiligungsprozess haben wollen, da ist ja auch noch nicht gesagt, ob es eine Umbenennung der Straße ist am Schluss oder nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit bekommen, hier zu partizipieren. Aber natürlich, wenn die Bürgerinnen und Bürger in einer Befragung wollen, dass ihre Straße umbenannt wird, warum soll es nicht passieren, dass kann ja uns Politikern nur recht sein, wenn Bürger sich für etwas einsetzen und deswegen stelle ich daher den

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz auf Wunsch von zehn von Hundert der Wohnbevölkerung einer betroffenen Straße einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess starten. Dieser kann als ultima Ratio auch die

Umbenennung der Straße zur Folge haben, sofern eine Mehrheit der Anrainer sich dafür entscheidet.

Die große Frage, die wir uns heute aber hier in dem Raum stellen sollten, ist, ob dieser Bericht überhaupt ernst genommen wird von der Rathauskoalition. Denn, wenn eine Person sich unter den 20 sehr problematischen Straßennamen befindet, die Nazidichter war, die Hitler verehrt hat, die bei ihrem Begräbnis Kränze von Hitler und Goebbels bekommen hat und die noch immer Ehrenbürger unserer Stadt ist und das von der Rathauskoalition in dieser Art und Weise ignoriert wird, dann stellt sich die Frage, welchen Sinn dieser Bericht überhaupt gehabt hat und deswegen bitte ich daher zum einen, meinem Zusatzantrag zustimmt und zum anderen, auch noch einmal die Ehrenbürgerschaft zu überdenken einer Naziperson (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Die Politik verliert zunehmend an Vertrauen, deshalb sollten gerade Kommunalpolitiker ihr Wort halten. Den betroffenen Bürgern wurde ein breiter Bürgerbeteiligungsprozess versprochen und dieser ist umzusetzen.

Ich stelle daher folgenden

Zusatzantrag:

*Der Gemeinderat möge beschließen,
dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz auf Wunsch von 10 v. H. der Wohnbevölkerung einer betroffenen Straße einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess starten. Dieser kann als ultima Ratio auch die Umbenennung der Straße zur Folge haben, sofern eine Mehrheit der Anrainer sich dafür entscheidet.*

StRⁱⁿ Schwentner:

Danke, Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat. Ich würde gerne ein paar Sachen dazu sagen. Es kommt wahrscheinlich auch nicht oft vor, dass der Herr Sickl meiner

Kollegin Manuela Wutte Applaus klatscht und Beifall klatscht, in dem Fall haben Sie sich ein bisschen verraten in der Begeisterung, dass Sie offensichtlich den Weg und das Tempo diktiert haben in der Debatte rund um die Umbenennung der Straßennamen. Und jetzt zum Ernstesten. Ich hätte mir schon gewünscht, dass es einen differenzierten und ernstesten Umgang mit dem Thema gibt im Sinne auch von konsequenteren Maßnahmen. Wir haben in Graz eine besonders belastete Geschichte und ich erinnere, vielleicht haben einige von Ihnen den Film über den Fall Muhrer gesehen, bei der letzten Diagonale ausgezeichnet. Das war ein Film, der mich sehr beklemmend gestimmt hat und ich damals auf die Straße rausgegangen bin und mir bewusst geworden ist, wie sehr ganz ernste Themen bei uns in Graz nicht aufgearbeitet sind. Das war ein riesengroßer Gerichtsfall und der sehr, sehr viele Jahre später erst nicht einmal annähernd aufgearbeitet wurde. Ich kann auch der Logik Ihres Klubobmannes, der heute leider nicht da ist, ganz wenig abgewinnen, der nämlich sagt, dass jeder Versuch einer Umbenennung gleichzeitig bedeutet, Menschen aus dem kollektiven Gedächtnis zu verbannen, weil was heißt das im Gegenteil? Im Gegenteil heißt es, können wir uns ihrer nicht erinnern, dürfen wir uns nicht anders erinnern an diese düstere Geschichte, als dass wir es umbenennen und was heißt das in der Konsequenz? Der Opernring hieß einmal Dollfuss-Ring. Der Platz vor uns, der Hauptplatz, Sie wissen, wie er geheißen hat. Wo ist die Logik in dieser Argumentation? Und wirmaßen uns nicht an zu beurteilen, wie sich Menschen damals verhalten haben oder verhalten hätten. Das ist eines der schwierigsten Dinge. Da kommt auch aus Ihrer Fraktion der Vorwurf, es wäre Arroganz, Geschichte zu bewerten. Nein, es ist auch eines der schwierigsten und diffizilsten Dinge, sich vorzustellen, wie hätte man selbst damals reagiert zur Zeit des Naziregimes. Aber dennoch ist es wichtig, das in irgendeiner Form zu bewerten, weil alles andere würde heißen, dass wir nichts aus der Geschichte gelernt haben und das ist das Problem. Haben wir aus der Geschichte gelernt (*Allgem. Appl.*), haben Sie aus der Geschichte gelernt oder nicht? Und trauen wir es uns zu, gewisse ganz, ganz problematische Straßen umzubenennen, weil sie so belastend sind. Und ich möchte Sie, Herr Bürgermeister, daran erinnern, es gibt einen Bezirksratsbeschluss im Bezirk Geidorf. Das ist eine demokratische

Entscheidung, ein einstimmiger Beschluss aller Fraktionen, sogar die FPÖ hat sich nur enthalten, ein einstimmiger Beschluss dazu, die Max-Mell-Allee umzubenennen. Und ich finde den Vorschlag, den der Bezirksrat dort macht mit den Bezirksvorstehern, nämlich einfach die Oktavia-Aigner-Rollett-Gasse weiterzuführen und dahingehend auch dieses Stück der Max-Mell-Allee nicht mehr so zu benennen, einen sehr guten. Und warum übergeht man das einfach? Warum übergeht man einen Bezirksratsbeschluss? Finde ich ganz schade (*Allgem. Appl.*). Ich finde es auch bedauerlich, dass man nicht ganz belastete Straßennamen, wo die Diskussionen nicht aufhören, für die Kernstockgasse, die mitten in der Stadt ist, dass man sich nicht dieser Sache stellt und einfach auch dazu bekennt, das umzubenennen. Man kann das stufenweise machen. Es muss nicht alles auf einmal passieren. Ich finde das sehr zu befürworten, dass wir in dem Zusammenhang sehr intensiv und ausgiebig über unsere Vergangenheit diskutieren. Das sind wir der Stadt und ihrer Vergangenheit schuldig und in dem Sinn finde ich es traurig, dass wir jetzt nur diese Lösung mit den Schildern haben (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Ja, eigentlich hatte ich nicht vor, mich zu Wort zu melden. Aber weil es auch um die Pädagogik geht, möchte ich mich kurz zu Wort melden. Dass die Erinnerungskultur und die Erinnerungen an diese schlimme Zeit wach bleiben muss, das ist uns, glaube ich, allen klar, da gibt es auch keine Diskussion. Aus pädagogischer Sicht ist es aber natürlich zielführend, dass man nicht nur eine Tafel auswechselt, dass man die Stadtbibliotheken, die Schulbibliotheken mit dem Buch ausstattet, ist gut. Natürlich braucht es auch darüber hinaus Maßnahmen. Die grüne Kollegin hat davon gesprochen, dass man Stadtpaziergänge machen könnte. Das machen wir über den Verein von Christian Ehtreiber über das Projekt „Wir sind Graz“. Also wenn es da Zusatzideen gibt, dass man genau diese Straßen auch miteinbezieht, wäre ich gerne bereit, das weiterzugeben. Ich möchte nur mit einem Beispiel meine Haltung unterstreichen. Ich bin aufgewachsen in Andritz am Jaritzweg. Der Jaritzweg ist unter

den 20 schwer belasteten Straßennamen und ich kann mich gut erinnern, als kleiner Bub bin ich dort vorbei geskatet bei der Tafel, und das ist eine der wenigen Straßen oder ein Weg mit einer Zusatztafel und als kleiner Bub habe ich dann gelesen, lustige Lichtspiele, habe ich gelesen, dass der Herr Jaritz ein Ingenieur war, der die Flugzeugturbine erfunden hat. Das war für mich als Bub beeindruckend und ich denke mir, wenn ich jetzt mit meinen Kindern dann in Zukunft den Weg auf- und abspazieren werde, wäre es sehr schön, wenn diese Zusatztafel noch erweitert werden würde, nämlich dass dazugeschrieben wird, was der Herr Jaritz vielleicht Unrühmliches in dieser Zeit gemacht hat. Dann hätten meine Kinder auch etwas davon, weil dann würden sie auch aufgeklärt werden, wo die Großeltern wohnen, in welcher Straße, was der Mann, nach dem die Straße benannt wurde, in seinem Leben gemacht hat, das hätte einen pädagogischen Mehrwert. Von dem her bin ich für diese Grazer Lösung. Ich glaube, dass wir österreichweit hier den besten Weg beschreiten, weil wir hier alle Straßen ausrüsten mit so einer Zusatztafel. Das hat einen pädagogischen Wert und ich verstehe die Haltung jetzt der Parteien, die jetzt dagegen stimmen, überhaupt nicht. Aber, wenn es die eine oder andere Idee gibt, wie man diese 20 Straßennamen noch miteinander beiziehen kann in ein Projekt wie „Wir sind Graz“, bin ich gerne bereit, das auch aufzunehmen, aber ich halte es für den vernünftigen Weg (*Allgem. Appl.*).

GR Sickl:

Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren. Ich kann es eigentlich ganz kurz machen. Die Position der FPÖ war eigentlich immer eindeutig und klar und wir haben uns immer gegen jede Art der Umbenennungen von Straßen gestellt. Kurz möchte ich das erläutern, warum: Die politische Mode, dem kindlich naiven Versuch einer Hexenaustreibung durch Umschreibung unserer Geschichte konnten wir nie etwas abgewinnen. Dieses Minderheitenprogramm, das nur diejenigen interessiert, die das umschreiben wollen, haben wir ebenso nie unterstützt. Wir hingegen nehmen unsere Geschichte ernst, wir nehmen sie mit ihren Herausforderungen und Problemen an. Wir sind nicht ahistorisch, denn unsere Geschichte ist Teil unserer Identität. Wir sind

einerseits stolz, andererseits nehmen wir Teile unserer Geschichte als Mahnung wahr. Und wenn man jetzt auf einzelne Personen eingeht, dann bin ich mir doch sicher, Martin Luther, ein Belasteter beispielsweise, hat sich und wird sicherlich länger wirken als alle alternativen Nobelpreisträger der Gegenwart. Und wenn wir immer über Conrad von Hötzendorf sprechen und ihn ausschließlich auf seine Kriegstreiberei reduzieren, dann müssten wir in letzter Konsequenz auch über seinen Gebieter, nämlich Kaiser Franz Josef, nachdenken, der durch den nach ihm benannten Kaiser-Franz-Josef-Kai geehrt wird. Daher stehen wir hinter diesem Antrag und im Besonderen auch deshalb, weil die Arbeit der Historikerkommission hier genau entsprechend gewürdigt wird und alle personenbezogenen Namen beschrieben werden, die die Ehre haben, eine Straße der Stadt Graz nach sich benannt zu haben. Genau damit schaffen wir es, ein spannendes Stadtbild zu zeigen und unsere spannende Geschichte auch entsprechend darzustellen. Daher stimmen wir dem Antrag logischerweise zu und ich freue mich auf weitere Debattenbeiträge, die ich jetzt hören werden. Irgendwie scheint es mir, dass es da so einen Ort „Wortsetzkasten“ gibt, wo einfach aus den Regalen die Worte zusammengeschaubt werden und dann in einen Antrag hier verfasst werden. Da bin ich gespannt auf den nächsten Beitrag mit Wortsetzkasten. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

GR Ehmann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates, KollegInnen im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie. Ich bin ja sehr froh, dass der Kollege Sickl die Argumente seiner Fraktion und die Inhalte seiner Fraktion und Schwerpunkte vorgelesen hat, weil sonst hätte ich geglaubt, er meint das wirklich ernst. Es war eine schöne Leseübung und das mit Wortsetzkasten in Verbindung zu bringen, finde ich dann besonders lustig und spannend. Aber das Thema ist schon ein bisschen ernster, denn wenn wir uns überlegen, dass eine Kommission über drei Jahre gearbeitet hat und 175.000 Euro verschlungen hat, zu Recht, weil sie natürlich profunde Kennerinnen und Kenner der

Materie sind und perfekte Expertise geleistet haben und geliefert haben, über 1097 Seiten waren es ganz konkret, die hier beschreiben, wo die problematischen Straßennamen, Straßennamenbezeichnungen usw. vorzufinden sind. Die Tatsache, dass es 20 gibt, die sehr stark belastet sind, und ich denke, auch meine Fraktion, die SPÖ, und viele andere auch hier, wir brauchen schon meiner Meinung nach eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Thema. Denn man kann nicht so in Schwamm-drüber-Mentalität nach einer derartigen Expertise und mit einer Art Geschichtsverwaschung kommen und sagen, ja, dann stellen wir halt ein paar Tafel auf und schreiben ein bisserl was drauf und das passt schon. Also, ich glaube, dass es schon mehr bräuchte, nämlich dass man wirklich sagt, bei den 20 stark belasteten Namen, ja, hier wollen wir diese besonders hervorheben und da rede ich noch gar nicht von Umbenennungen. Weil die Umbenennungen meiner Meinung nach können eh nur nach einer Sensibilisierungsphase kommen, dh. es kann eh nur aus der Bevölkerung selbst kommen, weil ich würde hier warnen davor, dass die Politik das Diktat der Bevölkerung auferlegt und sagt, wir müssen auf jeden Fall umbenennen. Also ich würde sagen, nach einer sensibilisierenden Erinnerungskultur ja, wenn die Bevölkerung von sich auskommt und sagt, gut, wir haben da ein Problem damit, wir haben uns mit der Geschichte auseinandergesetzt, wir sind zu dem Schluss mehrheitlich gekommen, das zu ändern. Dann soll die Politik dem selbstverständlich nachkommen und deshalb verstehe ich das auch nicht. In dem Falle, den Bezirksrat in Geidorf, da ist ja ein eindeutiges Ergebnis herausgekommen überhaupt. Übrigens Enthaltung gibt es nicht; es gibt nur ein Ja und Nein im Bezirksrat. Eine enthaltende Stimme ist eine Stimme dagegen. Aber letztendlich ist es egal, weil es eine deutliche Mehrheit war, bis auf diese eine Stimme. Und da verstehe ich dann nicht, warum man dann nicht zu dem Schluss kommt und sagt ok, dann können wir dieser Umbenennung nachkommen, wenn es selbst aus der Bevölkerung gemeinsam mit dem Bezirk entwickelt wurde und diese Position mehrheitlich im Bezirk auch zum Tragen kommt. Also daher wäre das auf jeden Fall dort durchzuführen und auch in anderen Bereichen, wo wir zuvor sensibilisieren. Wir haben diesbezüglich einen Abänderungsantrag vorbereitet, der vielerlei Punkte beinhaltet. Ich hab es über die Klubs bekommen.

Deswegen erspare ich mir die Leseübung, weil es ziemlich umfassend ist. Inhaltlich nur ganz kurz: Wie gesagt, die 20 sehr stark belastenden Namen, hier würden wir versuchen, aufzurütteln im Sinne dessen, dass bei Straßeneinfahrten, wo es angebracht wird, wo man es einfach merkt, ob da ein veränderter Straßenbelag oder was auch immer ist, da gibt es ExpertInnen, die sich damit auseinandersetzen. Also einfach hier zu zeigen, in welche Straße, in welche belastende Straße man einfährt. Zum Zweiten wäre dann noch die Überlegung anzustellen, wie man das dort klar zum Ausdruck bringt. Wir haben heutzutage, wir sprechen immer von Digitalisierung und 4.0 usw. Wir haben die Möglichkeit mit Citylights, hier könnte man sehr gut Aufklärung auch im digitalen und graphischen Sinn leisten. Das könnte man auch immer abändern, wenn man auf neue Erkenntnisse kommt. Weil eine Tafel müsste man sonst auch immer wieder ändern, wenn etwas Neues draufkommt. Also das heißt, hier könnte man das auch klar zum Ausdruck bringen mit Citylights und hier ganz gut aufzeigen. Des Weiteren würde ich die Textierung und die überfraktionell zusammengesetzte Kommission hier mit HistorikerInnen und auch mit Mitgliedern der Expertenkommission zur Ausarbeitung heranziehen. Das wäre natürlich auch sehr gut und das Kulturamt würde ich miteinbeziehen insofern, nämlich mit 2020 das Kulturjahr, nächstes Jahr, wo hier eine Möglichkeit wäre im Speziellen. Gerade bei der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, die die größte ist, in diesem Fall, der belasteten Straßennamen, dass man hier dazu kommt, vor dem Landesgericht beispielsweise eine Stele aufzustellen und zu sagen, ja zum einen die Auseinandersetzung mit Conrad von Hötzendorf als Kriegstreiber, zum anderen nicht vergessen, wehret den Anfängen des Naziregimes, dort sind 100 Menschen im Keller, derer wir alljährlich gedenken, umgekommen und hier könnte man das hier klar mit einer künstlerischen Abbildung machen. Das wäre auch eine gute Idee noch ergänzend dazu und dann in weiterer Folge die Abteilung Kommunikation mit einer eigenen Informationsseite. Es gibt auch die Möglichkeit, mit Hilfe eines QR-Codes hier darauf aufmerksam zu machen, um mit dem Smartphone das aufzufassen und anzunehmen. Übrigens ist zu Beginn davon gesprochen worden, dass Wien hier die Namen belassen hat. Nach meiner Kenntnis ist das nicht so. Nämlich beim Ottokar Kernstock, weil der Kernstock-Platz wurde in

Familienplatz umbenannt in Wien und soweit meine Kenntnis reicht, gibt es von Kernstock diesbezüglich nichts mehr in Wien und zu den Abänderern, die da von anderen Fraktionen gekommen sind von den Kolleginnen und Kollegen. Bei den Grünen würden wir im um punktuelle Abstimmung ersuchen, weil der Punkt 1 eigentlich sehr klar in Umbenennung geht. Wir wollen, wie gesagt, die Umbenennung aus der Bevölkerung herauskommend, bei der KPÖ werden wir daher, da das klar in eine Umbenennung seitens der Politik geht, mit nein stimmen und beim Kollegen Swatek würden wir mit Ja stimmen. Weil auch wir sehen das so, dass die Bürgerbeteiligung hier vorrangig ist und der Bürgerbeteiligungsprozess notwendig ist, um hier zu einem guten Ergebnis zu kommen, mit dem die Grazerinnen und Grazer gut leben können in Zukunft und auch wir. Und eines sei noch angemerkt. Es wird ja auch vielfach hier argumentiert, nicht jetzt im Gemeinderat, aber natürlich auch bei Diskussionen auf der Straße oder wo auch immer: Naja, habt ihr keine anderen Sorgen im Gemeinderat? Also ja, wir haben viele andere Sorgen. Aber stellt euch alle miteinander, vor im Gemeinderat unsere Mitglieder, so wie wir alle hier sind, sind in der Lage, mehrere Themen gleichzeitig zu bearbeiten, man stelle sich das vor (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Um den Erkenntnissen der ExpertInnenkommission speziell in Hinblick auf die 20 als sehr schwer belasteten Straßennamen gerecht zu werden und der Bevölkerung die Möglichkeit zu eröffnen, diesen Wissensstand über Informationskanäle wie Internet hinaus im öffentlichen Raum jederzeit präsent vorzufinden, ist insofern eine differenzierte Herangehensweise erforderlich, als die erwähnten 20 schwerst-belasteten Straßennamen im nachfolgenden Maßnahmenpaket eine besondere Berücksichtigung finden.

1. *Der Grazer Gemeinderat bekennt sich grundsätzlich insofern zu einer differenzierten Darstellung der Straßennamen im öffentlichen Raum, als bei*

von der ExpertInnenkommission als schwer belastet erkannten Benennungen eine in diesem Sinne deutlichere Kennzeichnung vorgenommen wird, um auch für die Öffentlichkeit eine nachvollziehbare Unterscheidung zwischen Personen vorzunehmen, die als Kriegstreiber gelten, die sich für Giftgaseinsätze aussprachen, die Verfechter des Nationalsozialismus waren sowie jenen weltlichen wie kirchlichen Persönlichkeiten, die für friedvolles Miteinander eintraten bzw. die Opfer des Nationalsozialismus wurden. Denn dass eine Bertha von Suttner, ein Hanns Koren, Vinzenz Muchitsch, Gerhart Hauptmann oder Josef Ritter von Gadolla gleichsam undifferenziert und in einem Atemzug mit Conrad von Hötzendorf, Walther Nernst oder Luigi Kasimir genannt werden, erscheint wenig akzeptabel. Die nachfolgend genannten Maßnahmen für die von den ExpertInnen beurteilten 20 Straßen mit den als schwerstbelasteten Namen sollten daher innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt werden, die darüber hinausgehenden Maßnahmen für alle Straßen sollten innerhalb der nächsten fünf Jahre umgesetzt werden.

- 2. Die dafür zuständigen Abteilungen werden beauftragt, dahingehend Überlegungen anzustellen, dass am Beginn und am Ende jeder der 20 Straßen, die von der ExpertInnenkommission als jene mit der am schwerstbelasteten Benennung erkannt wurden, quer über die gesamte Fahrbahn und den Gehsteig - vergleichbar mit den Stolpersteinen - eine besondere Pflasterung bzw. Straßenbelag verlegt wird, um Aufmerksamkeit zu bewirken oder aber eine optische Kennzeichnung, z.B. durch Beleuchtung erfolgt. Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Sitzung ein entsprechender Bericht vorzulegen.*
- 3. Weiters ist von den dafür zuständigen Stellen im Haus Graz zu prüfen, inwieweit bei diesen in Pkt. 4. genannten 20 Straßen am Beginn und am Ende jeweils mittels Citylights eine ausführliche Information betreffend die namensgebende Person realisiert werden kann, wobei die Textierung von*

einer überfraktionell zusammengesetzten Kommission und auf jeden Fall federführend durch HistorikerInnen- bzw. der ExpertInnenkommission ausgearbeitet werden soll. Auch darüber ist dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung ein Bericht vorzulegen. In allen weiteren Straßen und auf allen weiteren Plätzen, die nach Personen benannt sind, werden Hinweistafeln über die jeweiligen NamensgeberInnen angebracht. Das Kulturamt wird beauftragt sicherzustellen, dass, basierend auf den Texten des EKS-N-Berichtes, die Hinweistafeln textiert werden. Auch für diese Texte ist die ExpertInnenkommission heranzuziehen. Wobei die jeweiligen Textierungen idealerweise mit einem QR-Code verbunden werden sollten, der jeweils auf die betreffenden Ergebnisse der HistorikerInnenkommission wie auch auf das Buch „Grazer Straßennamen. Herkunft und Bedeutung“ (K.A. Kubinzky, A.M. Wentner) hinweisen sollte.

4. *Das Kulturamt wird beauftragt, im Kontext mit Kunst im öffentlichen Raum des Landes Steiermark einen künstlerischen Wettbewerb für die Errichtung einer Stele vor dem Landesgericht für Strafsachen in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße vorzubereiten – in Hinblick auf das von der Stadt ausgerufenes Kulturjahr 2020, da dieser Standort in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung wäre: für die Gedenkjahre 1914/1918 betreffend die Rolle von Conrad von Hötzendorf wie auch in Erinnerung an die Örtlichkeit, an der während des Nazi-Regimes Hinrichtungen stattfanden, Menschen ermordet wurden.*
5. *Die Abteilung Kommunikation wird beauftragt, auf www.graz.at eine Informationsseite einzurichten, die sowohl eine Kurzfassung als auch den vollständigen Bericht der EKS-N beinhaltet. Bei der Erarbeitung der Kurzfassung ist auf jeden Fall die ExpertInnenkommission federführend miteinzubeziehen.*

6. *Das Stadtvermessungsamt wird beauftragt, am Geoportal ein neues Service einzurichten, bei dem mittels Mausclick auf den Straßennamen die jeweilige Beschreibung der EKS-N angezeigt wird.*

7. *Es werden alle Grazer Volksschul-, Neue Mittelschul- und Gymnasiumsbibliotheken mit der Neuauflage des Buches „Grazer Straßennamen. Herkunft und Bedeutung“ (K.A. Kubinzky, A.M. Wentner) und sowohl mit einer Langfassung als auch der Zusammenfassung der Arbeit der ExpertInnenkommission ausgestattet. Das Stadtvermessungsamt wird beauftragt, für die nächste Gemeinderatssitzung ein entsprechendes Finanzstück vorzubereiten.*

8. *Sofern von der AnrainerInnengemeinschaft mehrheitlich gewünscht, ist mit Unterstützung des Referates für BürgerInnenbeteiligung betreffend Umbenennung/Neubenennung ein Beteiligungsprozess durchzuführen und - bei qualifiziertem Mehrheitsbeschluss – eine entsprechende Umbenennung vorzunehmen.*

Bgm. Nagl:

Hoher Gemeinderat. Nicht nur weil wir Menschenrechtsstadt sind, sondern weil wir eine Stadt sind mit einer enorm großen Erinnerungskultur, wie, glaube ich, sonst selten eine Stadt, werde auch einige Beispiele auch aufzählen, ist es notwendig, dass wir diese Diskussion führen. War es auch notwendig, nach fast acht Jahrzehnten einmal dieses Thema endgültig aus meiner Sicht aufzuarbeiten. Ich bin sehr, sehr dankbar, dass diese Kommission auch in der Lage war, alle aus allen Lagern sehr breit aufgestellt, hat diese Kommission gearbeitet und hat sehr viele Seiten für uns vorbereitet, um auch da wieder einmal ein klares Zeichen zu setzen. Allein schon die Aufarbeitung hat acht Jahrzehnte gedauert. Manchmal frage ich mich wirklich, warum das nicht vorher passiert ist. Und wenn ich dann genau darüber nachdenke und Ihnen jetzt zugehört

habe mit allen Ihren unterschiedlichen Vorschlägen und auch Sorgen, die ich teilen kann und ich mir genau anhöre, komme ich auch zu einer Geschichte, die ich da einbringen möchte: Ich habe mir sehr gerne angeschaut, wie denn die Plätze und Straßen von Graz in den letzten hundert Jahren ausgesehen haben. Ich habe auch gefragt, es gab viele Namen von Persönlichkeiten, die heute diesen Namen nicht mehr haben, weil ein nationalsozialistisches Regime einfach andere Namen eingesetzt hat, einige davon wurden aufgezählt. Nach dem Krieg, nach diesem verheerenden und scheußlichen Krieg, verursacht durch Nationalsozialisten, ein Weltenbrand und letzten Endes auch ein Heimatbrand, sind die Menschen, die Zeitzeugen waren, die das erleben und durcherleben mussten, hergegangen, und haben darüber nachgedankt, welche Straßen- und welche Plätze sie umbenennen wollen. Das hat ja Gott sei Dank stattgefunden. Es gibt heute noch vielleicht ein Brieflein an die kommunistische Schwesternpartei, in China gibt es noch immer einen Stalinpark am Südufer des Songhua-Flusses. Das gibt es bei uns, Gott sei Dank, wenn ich so sagen darf, nicht mehr. Wir diskutieren, ich sage es euch nur vielleicht, vielleicht schreibt ihr ein Brieflein ...

*Zwischenruf GR **Piffl-Percevic**: Eine Petition, eine internationale.*

Bgm. Nagl:

Kann auch sein, dass die Information, die ich habe, schon wieder überaltert ist, aber ...

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr**: Ich glaube, ihr habt mehr Kontakt zu China.*

Bgm. Nagl:

Ich habe ja nur von der Schwesternpartei gesprochen und nicht von offiziellen Kontakten zu China, da habe ich wahrscheinlich einige Termine mehr als du. Ich möchte aber dort fortsetzen bei der Erinnerungskultur. Wir haben eine Erinnerungskultur, dann unterstützen wir als Gemeinderat vieles und deswegen hätte ich ganz gerne, dass auch das Bild, das wir als Gemeinderat und als Regierung in Summe als Stadt nach draußen abgeben, eine klare Abgrenzung ist. In dem, was passiert ist, und dass es da auch, wenn es unterschiedliche Ansichten gibt, nicht wieder Schuldzuweisungen gibt, dass der eine oder andere vielleicht dann noch Sympathisant wäre mit jenen Menschen, die in ihrem Leben schwer geirrt haben. Zu dem Thema komme ich dann noch, oder gar noch Menschen, die brutalst dieses Regime aufgebaut haben und dann zu dieser Katastrophe geführt haben. Wir haben Erinnerungskultur in Form der Pflastersteine, finde ich ganz, ganz großartig. Ehemalige Kollegin Daniela Grabe hat sich eingesetzt. Wir haben das immer unterstützt, das soll auch so weitergehen. Wir haben bei unseren Mahnmalen und bei unseren Gräbern eine Kultur des Nichtvergessens von allen Institutionen, die heute Verantwortung tragen, von der Polizei über das Militär, von der Stadt über das Land auf Bundesebene, auf europäischer Ebene, das ist gut so. Ich habe mit dabei sein dürfen mit meinem Vorgänger als Bürgermeister und mit Helmut Strobl bei der Wiedererrichtung der Synagoge, damals auch noch mit den Schülerinnen und Schülern, um auch ein klares Signal noch im selben Jahrhundert, wo diese Verbrechen passiert sind, abzugeben. Wir haben die Diskussion um das Lager Liebenau über Gedenkstätten beim Gericht, wo ich mir manchmal denke, es kommen immer die Gleichen und wir sollten versuchen, ob es dann eine Stele ist, ob wir da mit Schulen weiter kommen. Es ist natürlich nicht einfach, weil wenn wir in ein Gebäude gehen, in dem es Gefangene gibt und auch die Sicherheitskräfte da nicht jeden ein- und ausspazieren lassen können, aber wir tun es zumindest am Allerheiligen-Tag. Wir haben Mahnmale und Veranstaltungen in all unseren Kasernen und auf unseren Friedhöfen, und das ist gut und ist wichtig. Und es gibt den Auftrag der Altvorderen, die da dabei waren, jetzt auch gegen dieses Vergessen aufzutreten. Und das möchte ich da mithineinnehmen. Ich kenne viele

Zeitzeugen, die zu mir gesagt haben, bitte Sorge dafür, wenn wir nicht mehr da sind, wir haben es erlebt, dass das nicht auf die leichte Schulter genommen wird und dass ihr gegen dieses Vergessen antretet. Und da kommt jetzt mein Ansatz und der ist nicht neu und der ist nicht von einer anderen Partei, wie es davorgeworfen wird, nämlich der FPÖ, irgendwo jetzt uns vorgegeben. Als ÖVP haben wir eine ganz klare Haltung zu dem Thema und ich habe es auch immer gesagt, dass ich aus diesem Grund heraus schon dagegen bin, irgendwie alles abzumontieren und ich werde es ein bisserl später noch begründen. Bitte mir dann noch zuzuhören. Ich habe oft darüber nachgedacht, wie man mit dem umgehen solle und habe ein Wort mitbekommen von unserer Kommission, die mir so wichtig ist. Dieses Wort hieß Denkmal. Und ich bitte Sie, dass Sie das Wort einmal ganz ruhig hinschreiben und zweiteilen. Denk mal heißt nichts anderes, als darüber nachzudenken, was da passiert ist. Denk mal darüber nach, warum das eine besondere Leistung war. Weil eines liegt auch vor: Viele der Geehrten haben, wenn ich so sagen darf, Genialität besessen, haben im Kunst-, im Kultur-, im Wissenschaftsbereich Unglaubliches geleistet. Und trotzdem ist es mir wichtig, meinen Kindern und Enkelkindern und den nächsten Generationen zu sagen, selbst wenn du so gescheit bist, selbst wenn du in der Lage bist, genial zu sein, etwas Zustandzubringen, was kein anderer zusammenbringt, kannst du gewaltig in deinem Leben fehlen. Weil es braucht neben all der Wissenschaft und all dem Gescheitsein und all dem Lernen braucht es diese Herzensbildung. Und wie soll ich, wenn ich das alles wegräume und wenn ich diese Tafeln abmontiere, das noch sagen und weitergeben können. Weil es wird dann einfach nicht mehr diskutiert werden. Ich glaube ja nicht, dass die Debatte beendet ist, in 20, 30 Jahren wird es vielleicht noch immer diese Debatte geben. Aber damit wird es erst in das Bewusstsein der Bevölkerung kommen. Ist meine Meinung, ich bitte Sie nur so zu akzeptieren, wie ich auch akzeptieren kann, dass KPÖ, SPÖ, FPÖ, Grüne eine andere Meinung zu dem Thema haben. Auch der Herr Swatek, da möchte ich noch etwas anmerken, weil Sie mir das so lieb gesagt haben, dass es einen Vertrauenskodex gibt. Ja, den gibt es in Europa in allen Ländern, den gibt es in Österreich, den gibt es in Deutschland. Das Schöne ist und das haben Sie übersehen im Vertrauenskodex punkto Politiker, richtig 17 %, letzte Geschichte. Eigentlich sollte man

darüber nachdenken. Es wurde aber vor einigen Jahren interessanterweise von der Bevölkerung auch die Frage der Bürgermeister mitbehandelt und die Bürgermeister haben, und das ist jetzt spannend, im Vertrauenskodex in Deutschland 53, in Österreich rund 50 %.

Zwischenruf GR Dreisiebner: Nur im Durchschnitt.

Bgm. Nagl:

Damit liegen sie vor TV-Moderatoren, vor Schauspielern, vor Journalisten, vor Profisportlern im Vertrauensindex der Menschen ganz hoch (*Allgem. Appl.*). Ich möchte euch sagen, dass ich mir das genau angeschaut habe (*lacht*), selbst im rot-grünen Wien. Ich frage mich das ja auch in Graz, Michi Ehmann, du wirst mir verzeihen. Es gibt eine lange Geschichte der Stadt Graz der politischen Verantwortung, und sowohl deine Fraktion als auch meine Fraktion haben, wenn ich so sagen darf, über viele Jahrzehnte die Hauptverantwortung getragen. Es gab drei Bürgermeister der Sozialdemokratie über einen Zeitraum von 48 Jahren. Ihr wart bis zum Jahr 2003, bis zu meinem Antritt, auch immer die stimmenstärkste Fraktion in Graz. Diese Debatte ist, wenn ich so sagen darf, nie so genau behandelt worden, wie wir es heute auch als schwarz-blaue Koalition tun und uns dem Thema widmen und natürlich auch einiges von euch einiges ausgerichtet bekommen zu dem Thema. Aber ich kann noch dazusagen, ich möchte diese Geschichte aufarbeiten, ich möchte es weiter tun. Es ist, wenn es ein Denkmal ist, kein Verdecken und schon gar nicht, weil das auch gefallen ist, wenn man jetzt da alle anderen Straßen auch so benennen, man kann es so darstellen, wenn ich das auch tue, dann geht das unter. Ich glaube, dass es umgekehrt ist und dass der Bildungsauftrag ist, dass wir alle mehr dort hinschauen. Ich bin aufgewachsen in einer Liebiggasse und habe irgendwann einmal, glaube ich, um die 20 das erste Mal darüber nachgedacht, wer das war. Und dass man halt einen besonderen Chemiker hatte, der so geheißen hat. Jetzt wohne ich in der Uhlandgasse und habe

einen besonderen Dichter. Aber ich bin dann auch durch Kubinzky angeregt, mit viel mehr Neugierde durch die Straßen gegangen, muss jetzt noch immer heimrennen und im Bücherl am Abend nachschauen und schauen, wo ich das Bücherl finde, um wieder daraufzukommen, künftig kann ich ja dann googeln. Aber es wäre für mich ganz schön und das wird gut sein, das ist ein Bildungsauftrag, dass wir bei allen Straßennamen das draufhaben. Und ich glaube, dass dann nicht weniger hingeschaut wird und das untergeht, sondern dass das noch viel genauer angeschaut werden wird und alle Menschen dort hinschauen werden, weil sie in jeder Straße bei uns, im Gegensatz zu vielen anderen, über einen anderen Zeitraum, wir fangen jetzt eben mit den belasteten Straßennamen, diese Informationen da sind und ich glaube, dass das ganz, ganz spannend ist und auch ein Zeichen dafür, wer in unserer Stadt gelebt, gewirkt und auch gefehlt hat. In Wien sind die Dinge unbenannt worden, wo es keine Adressen gegeben hat, die belastet waren. Überall, wo es Adressen gegeben hat, hat es nicht stattgefunden und ich bitte noch einmal, das ist das sogenannte rot-grüne Wien, in dem diese Entscheidungen auch getroffen worden sind. Wichtig ist mir immer, was haben wir aus der Geschichte gelernt. Und noch einmal, es ist für mich ganz wichtig zu sehen, dass diese Menschen, über die wir fast ein bisserl zu Gericht sitzen und urteilen wollen und das unterschiedlich machen wollen, mit mehr Härte, mit weniger Härte, Beispiele dafür sind, was meistens im Leben mit uns allen passiert. Jeder ist nicht nur großartig, jeder hat seine Fehler und das sind dramatische Fehler und genau die gehören hergezeigt. Ist mir ganz wichtig. Das sind dramatische Irrungen von Menschen, die dem nachgelaufen sind. Es ist ja so, dass wir heute auch über Herrn Kloepfer gesprochen haben. Dem würden wir heute mit dem Wissen, das wir haben, diese Ehrenbürgerschaft nicht mehr verleihen. Wir würden, und das möchte ich bitte dazusagen ...

Zwischenruf GR Dreisiebner: Das war noch unter dem Hitler.

Bgm. Nagl:

Das wissen wir. Das ist 80 Jahre zurück. Er hat ja nicht einmal den Wahnsinn miterlebt, dann zum Schluss, der das ausgelöst hat. Ich glaube, er hätte das Gedicht, dass er über ihn geschrieben, eigenhändig ausgelöscht. Ist sage es nur dazu. Ich kann es nicht sagen, ich weiß es nicht. Ich kann auch schwer ein Urteil über jeden fällen, der vor 80 Jahren da war.

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: Das ist eine Verharmlosung.

Bgm. Nagl:

Nein, und jetzt kommt es, hören Sie mir zu, Frau Gemeinderätin, mir können Sie das nicht vorwerfen, weil ich habe all diese Erinnerungskultur auch immer gefördert und ausgebaut und mir ist es schon wichtig. Ich will nicht urteilen, deswegen habe ich veranlasst, dass wir diese Expertinnen und Experten einsetzen (*Allgem. Appl.*). So und das ist mir so wichtig. Wir wissen, wir haben jetzt auch die richtigen Texte, so hoffe ich, wir haben eine gute Kommission und jetzt werden wir dafür sorgen, dass es künftig in der Öffentlichkeit diese Hinweise gibt und die eine oder andere Gesichte, die da vorgeschlagen hat, kann man auch noch künftig umsetzen. Und wenn der Kollege Hohensinner sagt, er würde in den Schulprojekten darauf achten, ist es, glaube ich, der wichtigste und beste Weg. Aber ich möchte in meine Richtung keine Anschuldigungen tun, ich glaube, dass niemand, der hier im Gemeinderatssitzungssaal ist, diese Zeit verherrlichen möchte. Ich möchte es mir nicht einmal ausdenken, dass da jemand dabei wäre (*Appl. ÖVP und FPÖ*).

GR Dreisiebner:

Herr Bürgermeister, wir haben Ihnen lange gelauscht und es ist wirklich sehr, sehr interessant, was Sie alles dargestellt haben. Dass Sie von der Stadt Graz zur Stadt Wien,

aber auch nach China kommen. Es gibt verschiedenste schlechte Beispiele. Ich kann immer über schlechte andere Beispiele reden. Wir können auch über gute Beispiele reden oder wir können darüber reden, was wir noch besser machen können. Und dass Klopfer unter dem nationalsozialistischen Regime die Ehrenbürgerschaft in einer Gemeinde, in einer Stadt Graz, bekommen hat, die wahrscheinlich sehr nationalsozialistisch war, sie hat ja auch besondere Titel erhalten, das brauchen wir uns, glaube ich, nicht gegenseitig erzählen.

Zwischenruf Bgm. Nagl: Das habe ich ja nicht verheimlicht!

Dreiebnner:

Aber ich möchte noch einmal auf den Bezirksratsantrag bzw. Beschluss aus Geidorf zurückkommen. Und das, was ich zitiere, das ist ein Auszug, der im Antragsmotivtext steht und der auch von der ExpertInnenkommission genauso formuliert worden ist. Max-Mell-Allee wurde 1962 benannt, Zusatzrecherche auf Antrag der Freiheitlichen Partei. Also lange nachdem das nationalsozialistische Regime vorbei war, wir waren in der Zweiten Republik ...

Unverständlicher Zwischenruf.

Dreiebnner:

... es geht nicht um Mehrheiten, es geht darum, dass es in der Zweiten Republik diese Benennung gegeben hat...

Zwischenruf GRⁱⁿ Potzinger: Wer hat da die Mehrheit gehabt in diesem Haus?

Dreisiebner:

...Max Mell hat keinen Bezug zu Graz und keinen Bezug zu Geidorf gehabt und Max Mell war schon in der illegalen Zeit jemand, der sich als Nationalsozialist geoutet hat. Hat dann die entsprechenden Auszeichnungen bekommen, war vom Anschluss begeistert und stattdessen gibt es eben den Antrag, Oktavia Rollett die Ehre zu erteilen, um diesen Teil der Allee nach ihr zu benennen. Sie hat Graz-Bezug, war die erste Frau, die das Medizinstudium absolviert hat, hat in Graz praktiziert etc., etc.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio**: Daher heißt das Seniorenheim so.*

Dreisiebner:

Es mag schon sein, dass das eine oder das andere so heißt. Ich finde es auch gut, wenn man den Geo-Portal-Service usw. aufbaut, weil es gibt ja den einen oder anderen Punkt, genauso die Maßnahmen für die Schulen, die begrüßenswert sind. Aber das hier damit abzutun und damit tausenden Grazerinnen und Grazern jüdischer Herkunft, politisch Andersdenkende, aber auch Menschen, die politisch nicht weit von der ÖVP positioniert waren, wie etwa Alfons Gorbach, in das Konzentrationslager verschleppt, wie etwa der Landeshauptmann Karl Stephan, in das Konzentrationslager verschleppt. Auch diesen Menschen wird hier, aus unserer Sicht, nicht in der Form Gerechtigkeit und Genüge getan, wie wir es tun könnten. Auch auf Empfehlung der ExpertInnenkommission. Und es gibt verschiedenste Zugänge (*Allgem. Appl.*), das ist ganz richtig, mit BürgerInneninformation und -beteiligung und verschiedenste Maßnahmen, die im künstlerischen Bereich sein können, die Herausarbeitung der 20 schwer belasteten, der weiteren 62 stark belasteten usw. Aber das, was hier gemacht wird, ist etwas zuviel, it is too much, es nähert sich der Gleichmacherei im Sinne dessen, dass man sagt, ich handle ein Kapitel ab, das uns lange befasst hat und wo ich halt aufgrund der Tatsache, dass es einen Koalitionspartner gibt, der der ÖVP da wahrscheinlich sehr, sehr „zubisteigt“, auf guat steirisch, dass sie da nicht mehr leisten

kann. Weil vor vier, fünf Jahren waren die Texte noch ganz anders, auch vor einem Jahr waren die Texte ganz anders und zwar von Personen, die heute hier sitzen.

Angefangen von Ihnen, Herr Bürgermeister. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Diese Anregung, bei künftigen Straßenbenennungen auch jener Personen zu gedenken, die in die Konzentrationslager gekommen sind, die Sie aufgezählt haben, begrüße ich. Sollte man auch tun.

Der Abänderungsantrag von GR Fabisch wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag von GR Ehmman wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag von GR Wutte wurde mit Mehrheit (Punkt 1 gegen Grüne und KPÖ, Rest gegen KPÖ, Neos, SPÖ und Grün) abgelehnt.

Der Gemeinderatsantrag wurde punktuell abgestimmt:

Punkt 1) mit Mehrheit (gegen Grüne und Neos) angenommen

Punkt 2) mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen

Punkt 3) mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen

Punkt 4) mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Der Zusatzantrag der Neos wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos) abgelehnt.

Ende der Tagesordnung um 15.45 Uhr.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (15.50 Uhr).